

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4 **Standpunkt**
Digitalisierung in
Kommunen souverän
gestalten
- 6 **Forschung & Publikationen**
Altersarmut in Kommunen
nimmt zu – Handeln gefragt
- 24 **Neue Projekte**
Klimagerechte
Infrastrukturen
- 31 **Veranstaltungen**
Strategisches Wissen in der
Verkehrsplanung

Editorial

Standpunkt

- 4 Digitalisierung in Kommunen souverän gestalten

Forschung & Publikationen

- 6 Altersarmut in Kommunen nimmt zu – frühzeitiges Handeln gefragt
- 7 Konflikte, Vertrauen und sozialer Zusammenhalt in Städten
- 8 Gute Beispiele für Suchtprävention vor Ort
- 10 Innovative Maßnahmen für eine erfolgreiche Verkehrswende
- 12 Investiver Nachholbedarf in Sachsen-Anhalts Gemeindestraßennetz
- 13 Förderung lokaler Ökonomien schafft Mehrwert für die Quartiere
- 14 Chancen und Herausforderungen von Open Data in Kommunen
- 15 Wasser- und Grün-Infrastrukturen an den Klimawandel anpassen
- 21 Klimaschutz trotz klammer Kassen: Was Kommunen tun können
- 22 Mit Aktionstagen Menschen vor Ort für den Klimaschutz begeistern
- 23 Wie Kommunen Ressourcen schonen und zugleich das Klima schützen

Neue Projekte

- 24 Mehr Förderung für besseres Klima
- 24 Klimagerechte Infrastrukturen
- 25 Wie nutzen Kommunen 5G?
- 25 Konflikttherd E-Tretroller
- 26 Region ist Solidarität
- 26 Mobilität beginnt an der Haustür

Veranstaltungen

- 28 Veranstaltungsübersicht
- 29 Zehn Preisträger beim Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2020“
- 30 Kommunen bereiten Weg für Fahrradinfrastruktur der Zukunft
- 31 Strategisches Wissen in der Verkehrsplanung

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich...? Föderalismus
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwanderer
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Covid-19-Pandemie greift tief in unsere Lebensgewohnheiten ein und sie beeinträchtigt natürlich auch unsere Arbeit am Difu. Dennoch: Bisher sind wir recht gut durch diese Pandemie gekommen – mit mehr Videokonferenzen in unseren Forschungsprojekten und einer nahezu vollständigen Umstellung auf Webseminare in der Fortbildung. Das ist der technokratisch-organisatorische Weg. Damit das dann aber auch tatsächlich funktioniert, bedarf es viel mehr. Ohne das Engagement, die Innovationsbereitschaft und die Flexibilität unserer fast 200 Mitarbeiter*innen in Berlin und Köln wäre das nicht möglich gewesen. Und ohne das Verständnis unserer Kooperationspartner*innen und Auftraggeber*innen ebenfalls nicht. Ihnen allen gebührt ein herzliches Dankeschön!

Corona verändert das Leben in den Kommunen und führt zu neuen Herausforderungen in unseren Forschungsgebieten. Unsere Wissenschaftler*innen haben sehr früh begonnen – jenseits ihrer laufenden Projekte – sich mit diesen Herausforderungen auseinanderzusetzen. Wir haben für Sie unsere Publikationen und Medienbeiträge zum „Fokusthema Corona“ auf der Difu-Website unter difu.de/fokusthemen/corona zusammengeführt.

Die Unsicherheiten sind groß. Zerstört der Virus lebendige Innenstädte? Gerät der Klimaschutz durch die Pandemie wieder ein Stück aus dem politischen Bewusstsein? Ist der ÖPNV eine Virenschleuder oder müssen wir jetzt nicht erst recht dafür sorgen, dass urbane Mobilität jenseits des motorisierten Individualverkehrs funktioniert? Oder löst die Smart City alle Probleme? Effizient, steril und alles aus den eigenen vier Wänden.

Digitalisierung bedeutet für die Stadtgesellschaft Fortschritt, Mehrwert, Chancen – aber eben auch Risiken. Dr. Jens Libbe forscht im Difu seit Jahren über die digitale Stadt. In seinem Standpunkt in diesem Berichte-Heft widmet er sich diesem hochaktuellen Thema.

Kommen Sie gut durch die Zeit der Pandemie und genießen Sie – auch wenn es diesmal anders sein wird – die Zeit des Jahreswechsels. Und bleiben Sie gesund und optimistisch!

Ihr

Carsten Kühl

Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Digitalisierung in Kommunen souverän gestalten

Open Data und digitale Souveränität sind Schlüsselthemen der Stadtentwicklung. Für Kommunen gilt es, die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen und folgenreiche Abhängigkeiten zu vermeiden.

Die Diskussion über den Umgang mit der Digitalisierung wird zunehmend durch Erwartungen an eine Professionalisierung der Daten-Governance von Politik und Verwaltung und die Durchsetzung digitaler Souveränität geprägt. Im Zentrum stehen dabei verschiedene Aspekte: Für die Kommunen geht es zunächst einmal um die Möglichkeiten und Grenzen im Umgang mit Daten. Damit verbunden stellen sich Fragen der offenen Strukturen der Datenerfassung, -übertragung und -analyse, der wirtschaftlichen Verwertung von Daten, der Abhängigkeit von Technologiekonzernen und Softwareprodukten sowie des Aufbaus eigener Kompetenzen. Letztlich geht es bei all diesen Fragen im Kern um die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung in der digitalen Transformation.

Eine kürzlich vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) für die Bertelsmann-Stiftung durchgeführte Befragung verdeutlichte, dass über 90 Prozent der kommunalen Expert*innen bestrebt sind, verstärkt offene Daten zur Verfügung zu stellen. Rund ein Drittel der befragten Kommunen macht dies bereits. In der Diskussion um Open Data wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob alle Daten offen und kostenlos zur Verfügung stehen dürfen und sollten. Grundsätzlich gilt, dass der Weitergabe von Informationen, die in der Hand der Kommunen liegen, an private Dritte weder der Datenschutz noch das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung im Wege stehen, so lange den Informationen von vornherein ein eindeutiger Personenbezug fehlt oder dieser anonymisiert wurde. Werden diese Daten kommerziell genutzt, wirft dies die Frage auf, ob die Weitergabe kostenlos oder kostenpflichtig gestaltet werden soll. Die Beantwortung ist davon abhängig, um welche Art von Daten es sich handelt und wie der Rechtsrahmen den Umgang mit diesen Daten regelt. Sofern kommunal erhobene Daten weitergegeben werden, nutzen die Kommunen bereits heute Lizenzen, mittels derer die Gewährung und der Umfang der Datennutzung rechtssicher geregelt wird. Insbesondere Geodaten werden von vielen Kommunen kostenfrei zur Verfügung gestellt, sodass diese von Dritten fachbezogen aufbereitet werden können. Sensibel ist die Offenlegung von Daten hingegen dort, wo kommunale Unternehmen im Wettbewerb mit privaten Dienstleistern stehen. Dies führt unter Umständen zu der Situation, dass

kommunale Unternehmen ihre Daten herausgeben und private Unternehmen diese nutzen, um in profitablen Bereichen konkurrierende Angebote zu machen, ohne selbst Daten weiterzugeben.

Notwendiger Bestandteil der digitalen Souveränität ist der Aufbau eigener Strukturen und Kompetenzen. Vor diesem Hintergrund befassen sich derzeit viele Städte mit dem Aufbau urbaner Datenplattformen als Dreh- und Angelpunkt des sogenannten kommunalen Datenraums. Letztlich geht es um die Schaffung einer vernetzten kommunalen Dateninfrastruktur und damit verbunden die Verknüpfung bisher dezentraler Datenpools. Institutionell und organisatorisch sollte dies durch eine entsprechende Daten-Governance mit entsprechenden Zielen, Leitlinien und Verantwortlichkeiten im Umgang mit Daten flankiert werden.

Datensouveränität bedeutet die gleichermaßen technologische wie organisatorische Hoheit über die eigenen Daten und die Dateninfrastrukturen. Hier geht es im Kern um die demokratische Kontrolle im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Vor diesem Hintergrund ist zu klären, wer diese Dateninfrastruktur betreiben soll und wo diese technisch angesiedelt sein sollte. Hier ist gleichermaßen an die Schaffung einer eigenen städtischen Organisationseinheit bzw. die Gründung einer städtischen Gesellschaft, die Zusammenarbeit mit kommunalen Infrastrukturunternehmen bzw. die Nutzung städtischer Rechenzentren, oder eine interkommunale Lösung denkbar.

Grundsätzlich sind auch Partnerschaften mit privaten Dritten ein gangbarer Weg. In diesem Fall sollte jedoch sichergestellt sein, dass sich die Kommunen nicht abhängig von privaten Betreibern machen. Dass die Gefahr solcher Abhängigkeiten real ist, zeigt sich dort, wo Kommunen im Rahmen von Projekten der Smart City mit privaten Technologieunternehmen kooperieren. In diesen Projekten werden auf die eine oder andere Weise regelmäßig Daten generiert. Für die kommunale Datensouveränität ist entscheidend, dass vertraglich festgelegt wird, wo die Daten liegen, wem sie gehören und wann diese zur Verfügung gestellt werden. Für die Kommunen ist der volle Datengriff und damit die uneingeschränkte Datensouveränität entscheidend.



Fotos: Difu



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de



Einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der digitalen Souveränität leistet die Umstellung auf Open Source Software sowie die Nutzung offener Standards und Schnittstellen. Open Source, also die Nutzung einer Software mit einem offengelegten und veränderbaren Quelltext, ist in den Kommunen bisher eher die Ausnahme. In der Regel wird auf am Markt gängige proprietäre Softwareprodukte (etwa Microsoft Windows) zurückgegriffen. Ihre Nutzung verspricht ein hohes Maß an Bequemlichkeit in der Anwendung. Ihre Nachteile liegen in Risiken der Zugriffs- und Angriffssicherheit sowie in der zumeist durch die Anbieter vorgesehenen starken Beschränkung in Hinblick auf Weiterverwendung oder auch Änderung. Vor allem aber führt jede Nutzung solcher privater Software zu hoher Abhängigkeit vom Anbieter und in Verbindung mit den damit gekoppelten Anwendungsmöglichkeiten auch zur Abhängigkeit von ganzen sogenannten digitalen Ökosystemen. Je größer die Abhängigkeit desto stärker auch das, was in der Wirtschaftswissenschaft als Verriegelungseffekt (lock-in) bezeichnet wird. Dieser Effekt ist nicht allein technischer Natur sondern vor allem einer der Gewöhnung. Die Nutzenden haben gelernt, mit einer bestimmten Software umzugehen und sind daran gewöhnt, deshalb zeigen sie meist wenig Bereitschaft, auf einen anderen Standard zu setzen. Diese Bereitschaft sinkt noch, wenn sich Kompatibilitätsprobleme zwischen Standard- und Open Source-Software zeigen. Im Ergebnis ergeben sich selbst verstärkende Mechanismen und positive Rückkoppelungseffekte. In der digitalen Welt bedeutet dies, dass die dominierenden Softwareanbieter eine immer stärkere Marktdominanz entwickeln und auf Seiten der Anwender eine hohe Pfadabhängigkeit besteht.

Beschließt also eine Kommune den Umstieg auf Open Source, so muss sie sich vor allem der Gewöhnungseffekte im Umgang mit etablierter

Software bewusst sein. D.h., ein solcher Schritt muss in der Verwaltung nicht nur technisch sondern vor allem mit Blick auf das Personal gut vorbereitet sein und bedarf der entsprechenden Planung gangbarer Schritte. Auf Dauer kann der Umstieg auf Open Source nicht nur Abhängigkeiten von Herstellern minimieren sondern vor allem auch, wenn viele Kommunen diesen Weg gehen, ein wichtiges Korrektiv im Markt sein.

Hingegen rückt das Thema der offenen Standards immer stärker in den Fokus der Kommunen. Offene und gemeinsame Standards ermöglichen es, Daten auszutauschen und Systeme sowie Softwareanwendungen miteinander zu verknüpfen. Sie sind zudem auch für Softwarelösungen innerhalb der Kommunen wichtig, schützen sie doch vor der Abhängigkeit von bestimmten technischen Produkten.

Das vom Bund geplante Zentrum für digitale Souveränität ist ein wichtiger Schritt, um Vernetzung und Kompetenzaufbau zu fördern. Dies hat jüngst auch der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages ausdrücklich festgestellt. Es bedarf der Abstimmung nicht zuletzt mit und zwischen den Kommunen um sicherzustellen, dass verschiedene Plattformen miteinander kompatibel sind und ein Flickenteppich unterschiedlicher Standards vermieden wird. Passfähige Lösungen sind dabei solche, die am Bedarf der Kommunen orientiert sind.

zum Weiterlesen



Bürger, Tobias und Annegret Hoch (Verf.) Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2020): Open Data in Kommunen: Eine Kommunalbefragung zu Chancen und Herausforderungen der Bereitstellung offener Daten. Gütersloh; www.bit.ly/3gbGddO

DST – Deutscher Städtetag (2020): Kommunale Daten. Diskussionspapier des Deutschen Städtetags, Berlin und Köln; www.bit.ly/3g3qZHC

DST – Deutscher Städtetag (2020): Digitale Souveränität von Kommunen stärken. Diskussionspapier des Deutschen Städtetags, Berlin und Köln; www.bit.ly/36MW9zU

IT-Planungsrat (Hrsg.) (2020): Stärkung der Digitalen Souveränität der Öffentlichen Verwaltung. Eckpunkte – Ziele und Handlungsfelder. o.O.; www.bit.ly/3lzVmql

Altersarmut in Kommunen nimmt zu – frühzeitiges Handeln gefragt

Wie gehen Kommunen mit Altersarmut um und welche Handlungsmöglichkeiten haben sie, um gegenzusteuern? Das Difu betrachtete die Situation exemplarisch in einer Studie mit drei Fallstudienstädten und gibt Handlungsempfehlungen dazu.

Altersarmut in Deutschland nimmt zu. Das Ausscheiden der „Babyboomer“ aus dem Erwerbsleben – nicht selten mit gebrochenen Arbeitsbiografien – sowie die Absenkung des Rentenniveaus bis zum Jahr 2030 werden erheblich dazu beitragen. Laut OECD gelten Menschen als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens verfügen.

Alte Menschen sind gleich mehrfach von Benachteiligungen betroffen, und Armut kann dies noch verstärken: Es ist schwieriger, altersgerechte und bezahlbare Wohnungen in einem passenden Wohnumfeld zu finden. Oft ist die Mobilität durch hohe Fahrtkosten eingeschränkt. Darüber hinaus benötigen alte Menschen häufig besondere Unterstützung, die zusätzliche Kosten verursacht. Dazu reichen die meist geringen Einkommen nicht aus. Auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist

Altersarmut zu einem gesonderten Handlungsfeld zu machen. Städte sind daher bisher wenig vorbereitet, solche Armutssituationen durch ausgleichende Maßnahmen zu entschärfen. Zudem fehlt es an gesicherten Daten über alte Menschen, die von Armut betroffen sind: Das Merkmal „Grundsicherung im Alter“ ist nicht aussagekräftig, da sich die erhebliche versteckte Altersarmut nicht darin widerspiegelt. Denn viele Bezugsberechtigte stellen aus Scham oder Unwissenheit keinen Antrag auf Grundsicherung im Alter.

Die Analyse in den drei Beispielstädten zeigt zentrale Handlungsbereiche, in denen eine Unterstützung durch Kommunen besonders geboten ist: Wohnen und Wohnumfeld, Mobilität, soziale Infrastruktur (inklusive Gesundheitsförderung und Pflege) sowie gesellschaftliche Teilhabe. Hier besteht ein breites Spektrum an Möglichkeiten, wie Kommunalverwaltungen und andere Akteure handeln können, um der Not zu begegnen.



eingeschränkt. Zudem ist Altersarmut oft ein Tabuthema. Scham und Schuldgefühle verhindern, dass alte Menschen auf ihre Not hinweisen und Hilfe annehmen. Dies kann zusätzlich dazu führen, dass alte Menschen vereinsamen.

Um diese Entwicklungen genauer zu analysieren, untersuchte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in den drei Fallstudienstädten Bielefeld, Hamm und Kiel, wie Kommunen auf diese zunehmenden Notlagen reagieren (können). Die Studie verdeutlichte, dass es bislang nicht üblich ist,

Wichtig ist, Altersarmut in Kommunen offen und unterstützt durch die Stadtspitze zu thematisieren. Nur so wird sie ernst genommen und ihr „Tabu-Image“ verlieren. Für den Umgang mit Altersarmut sind alle Verwaltungsbereiche zuständig. Sie alle können einen Beitrag leisten, um die Auswirkungen zu lindern. Ebenso wichtig ist die Zusammenarbeit mit freien Trägern der Wohlfahrtspflege und kommunalen Interessenvertretungen wie Senior*innenbeiräten.

Es gilt, das zentrale Thema Altersarmut in bereits bestehende Konzepte zu integrieren. Es geht um eine neue Zielgruppe, die adressiert werden muss. Die Angebote sollten allerdings alle interessierten Personen und nicht nur arme Menschen ansprechen.

In Kommunen ist oft eine Lücke zwischen Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten festzustellen. Aus Sicht der Kommunen wird das Thema Armut bisher nicht präventiv genug angegangen. Da die Dringlichkeit voraussichtlich mit jedem weiteren Jahr zunehmen wird, sind vorbeugende Maßnahmen geboten. Präventives Handeln gegen Altersarmut muss daher bereits Kinder im Blick haben. Bildungsförderung spielt dabei eine entscheidende Rolle.



www.difu.de/15789



Dr. Beate
Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Konflikte, Vertrauen und sozialer Zusammenhalt in Städten

Eine neue Difu-Veröffentlichung stellt Forschungsperspektiven und praktische Umsetzungsbeispiele für den Umgang mit Vielfalt und Sicherheit in Stadtquartieren vor. Mit Beispielen u.a. aus Belgien, Österreich, Finnland, den Niederlanden und Portugal.

In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprojekt „DIVERCITY – Sicherheit und Vielfalt im Quartier“ wurden diversitätsorientierte Sicherheitsstrategien für sichere und vielfältige Städte erarbeitet. Dazu ist ein Difu-Impulse-Band erschienen, der sowohl Perspektiven der Forschung auf Vielfalt und Sicherheit vorstellt als auch Einblicke in die lokale Praxis gibt. Neben Beiträgen der Verbundpartner des Forschungsprojekts umfasst der Band Beiträge internationaler Autor*innen.



Gabriel Bartl, Niklas Creemers und Holger Floeting vom Difu zeigen darin Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit im Rahmen diversitätsorientierter Sicherheitsstrategien auf. Annelie Küper vom Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen und Bremen stellt Erkenntnisse zu sicherheitsbezogenem Handeln in heterogenen Nachbarschaften aus Sicht der Wohnungswirtschaft vor. Anke Schröder und Melanie Verhovnik-Heinze vom Landeskriminalamt Niedersachsen beschäftigen sich mit Kriminalprävention als Planungsmodell und gehen dabei besonders auf Ansätze der Kriminalprävention im Städtebau ein.

Marc Schuilenburg vom Department of Criminal Law and Criminology der Vrije Universiteit Amsterdam skizziert lokale Initiativen aus Rotterdam als Beitrag zur Sicherheit und fordert dazu auf, Sicherheit neu zu denken. Felicitas Hillmann vom Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin setzt sich mit grundsätzlichen Fragen der Vielfalt und Migration auseinander und bettet diese in einen historischen Abriss von Stadtentwicklung und Migration ein.

Udo Häberlin von der Abteilung Stadtplanung und -entwicklung der Stadt Wien erläutert am Beispiel des Wiener Bezirks Ottakring den Umgang mit Verunsicherungsphänomenen und Sicherheitsempfinden.

Pia Slögs vom Community Mediation Centre in Helsinki beschreibt einen Ansatz für Mediationsprozesse bei Intergruppenkonflikten in polarisierten Gesellschaften und Stadtquartieren, der zusammen mit der lokalen Polizei entwickelt wurde. Brigitte Gans vom Allparteilichen Konfliktmanagement im Sozialreferat der Stadt München befasst sich mit Lösungen für Konflikte mit Jugendlichen im öffentlichen Raum am Beispiel der Messestadt Riem und des Glockenbach-Viertels, einem beliebten Ausgehviertel.

Werner Van Herle von der Abteilung für Prävention und Sicherheit der Stadt Mechelen schildert, wie es durch einen integrierten Ansatz gelungen ist, die urbane Sicherheit zu verbessern und den Kulturwechsel hin zu einer offeneren Stadt zu erreichen und damit zum Referenzmodell für gelungene Integrationspolitik in Flandern und darüber hinaus zu werden. Mónica Diniz von der Abteilung für Prävention, Sicherheit und internationale Beziehungen bei der Stadtpolizei Lissabon stellt einen partizipativen Planungsansatz zur Entwicklung sicherer Nachbarschaften vor und erläutert am Beispiel des Pilotprojekts „Alta de Lisboa“ Methoden, Erfolge und Herausforderungen partizipativer Ansätze urbaner Sicherheit.

Alle Beiträge zeigen, dass es wichtig ist, dort, wo Konflikte in den Kommunen auftreten, die lokalen Konflikt- und Problemkonstellationen zu berücksichtigen, um gemeinsam mit den beteiligten Gruppen Lösungen herbeizuführen und so die Lebensqualität in den Quartieren zu erhalten und zu verbessern. Die Herausforderungen für die Sicherheit, die mit einer zunehmend diversen Stadtgesellschaft verbunden sind, sollten nicht wegdiskutiert werden. Dennoch geht es darum, Diversität als Ressource für die Schaffung und Erhaltung sicherer und lebendiger Städte und nicht als Bedrohung für die Sicherheit zu sehen und urbane Sicherheit zu einem positiv besetzten und gestaltbaren Ansatz weiterzuentwickeln.



www.difu.de/16006



Dr. Holger Floeting

+49 30 39001-221

urbane-sicherheit@difu.de

Gute Beispiele für wirkungsvolle Suchtprävention vor Ort

Bereits zum achten Mal wurden Kommunen für "Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention" ausgezeichnet. Gesucht wurden Städte, Kreise und Gemeinden, die mit wirkungsvollen Aktivitäten besonders gute Beispiele für andere Kommunen geben.



Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat gemeinsam mit der Drogenbeauftragten der Bundesregierung und mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände sowie des GKV-Spitzenverbandes den bundesweiten Wettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ ausgeschrieben – diesmal zum Thema „Wirkungsvolle Suchtprävention vor Ort“. Das Difu betreute den Wettbewerb. Ziel war es, wirkungsvolle Maßnahmen und Projekte der kommunalen Suchtprävention intensiver kennenzulernen und sie bundesweit bekannt zu machen. Darüber hinaus sollten Städte ausgezeichnet werden, deren erfolgreiche Ideen als Modell von anderen Kommunen übernommen werden können.

Für die prämierten Wettbewerbsbeiträge stellte die BZgA ein Preisgeld von insgesamt 60.000 Euro zur Verfügung. Zusätzlich lobte der GKV-Spitzenverband den Sonderpreis „Gesundheitsförderung und Prävention für Kinder aus suchtbelasteten Familien“ über 20.000 Euro aus. Die von der Drogenbeauftragten des Bundes und der BZgA berufene Jury wählte die ausgezeichneten Projekte aus 51 teilnehmenden Kommunen aus.

Preisträger

Elf Städte, Gemeinden und Landkreise wurden am 22. September 2020 für ihre vorbildlichen Aktivitäten zur wirkungsvollen Suchtprävention ausgezeichnet. Die Preisverleihung erfolgte in einer Vor-Ort-Veranstaltung mit der Leiterin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Prof. Dr. med. Heidrun Thaiss, und Gernot Kiefer, Vorstand des GKV-Spitzenverbandes. Die

Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Daniela Ludwig, war ebenso wie die Preisträger-Kommunen per Video zugeschaltet. Die Veranstaltung wurde als Livestream auf dem YouTube-Kanal der BZgA gesendet. Prämiert wurden die folgenden Kommunen:

Kreisfreie Städte

Die Freie Hansestadt Bremen wurde für ihren Wettbewerbsbeitrag „Wilde Bühne e.V. Bremen – Theaterstücke zu den Themen Risiko und Grenzerfahrung“ mit dem ersten Platz ausgezeichnet. Das theaterpädagogische Suchtpräventionsangebot richtet sich an die Zielgruppe „Jugendliche“. Im Mittelpunkt der Stücke der Wilden Bühne stehen typische Konflikt- und Entscheidungssituationen von Jugendlichen, die in Interaktion mit dem jugendlichen Publikum weiterentwickelt werden.

Der zweite Platz wurde in der Gruppe der kreisfreien Städte zweimal vergeben – an die Stadt Delmenhorst in Niedersachsen und die Stadt Dortmund in Nordrhein-Westfalen.

Die Stadt Delmenhorst wurde für ihren Beitrag „Durchgehende schulische Suchtprävention in Delmenhorst – von der Kita bis zur berufsbildenden Schule“ ausgezeichnet, der einen systematischen und aufeinander aufbauenden Modulansatz beschreibt. Für unterschiedliche Altersgruppen werden verschiedene entwicklungsgemäße Ansätze gewählt, sodass die Kinder und Jugendlichen im Verlauf ihrer Schulzeit mehrfach jeweils altersgerechte und abwechslungsreiche Präventionsangebote wahrnehmen können.



www.difu.de/15788



Dipl.-Ing. Christa Böhme
+49 30 39001-291
boehme@difu.de

Dr. Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Die Stadt Dortmund wurde für ihren Wettbewerbsbeitrag „Umsetzung erfolgreicher Suchtprävention im Rahmen einer kommunalen Gesamtstrategie“ prämiert. Die Dortmunder Gesamtstrategie für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen führt die Angebote verschiedener öffentlicher und freier Träger zusammen. So werden aus Einzelmaßnahmen institutionsübergreifende Präventionsketten, die an Lebensphasen angepasst sind.

Kreisangehörige Städte und Gemeinden

Die Stadt Pfullendorf in Baden-Württemberg wurde für ihren Beitrag „Koordinierungskreis Suchtprävention der Stadt Pfullendorf“ mit dem ersten Platz ausgezeichnet. Angeboten wird ein umfangreiches Gesamtkonzept, das von jährlichen suchtpreventiven Angeboten für die Schüler*innen aller Klassenstufen über Testeinkäufe im Einzelhandel und polizeiliche Kontrollen bei Veranstaltungen bis hin zu einem Siegel „Jugendschutz Plus“ für Vereine reicht.

Die Stadt Zeitz in Sachsen-Anhalt wurde für ihren Beitrag „Stark statt breit – Gemeinsam gegen Drogen und Gewalt“ mit dem 2. Platz ausgezeichnet. Auf Grundlage von Erhebungen unter Jugendlichen, Eltern und Lehrkräften sowie der Analyse besonders nachgefragter Beratungsangebote von Suchtberatungsstellen erfolgt in Zeitz eine Schwerpunktsetzung auf die Alkoholprävention, sowie die Suchtstoffe Crystal Meth und Cannabis. Dazu hat sich ein breit aufgestelltes Netzwerk aus Kommunalpolitik und -verwaltung, Polizei, Landratsamt, Sucht- und Drogenberatungsstelle, Gesundheitswesen sowie diversen Schulen zusammengeschlossen.

Landkreise

Der Landkreis Trier-Saarburg in Rheinland-Pfalz wurde für seinen Beitrag „Dezentrales Bildungs- und Qualifizierungsprojekt der Suchthilfe und Suchtprävention im Landkreis Trier-Saarburg“ mit dem ersten Platz ausgezeichnet. Im Mittelpunkt des Beitrags steht das mobile und dezentrale Präventionsangebot des Landkreises, das jungen Menschen in Verbandsgemeinden ermöglicht, suchtpreventive Angebote der Stadt Trier ortsungebunden zu nutzen.

Der Landkreis Schweinfurt in Bayern wurde für seinen Beitrag „Flashback – ein Präventionsprojekt zum Thema Cannabis und (il)legal highs im Setting Schule“ mit dem zweiten Platz ausgezeichnet. Das Drogenpräventionsprojekt verfolgt einen frühzeitigen und interaktiven Ansatz und ist als Parcours für Schüler*innen der siebten bis neunten Jahrgangsstufe gestaltet.

Sonderpreis des GKV-Spitzenverbandes

Der mit 20.000 Euro dotierte Sonderpreis des GKV-Spitzenverbandes zum Thema „Gesundheitsförderung und Prävention für Kinder aus suchbelasteten Familien“ wurde zu gleichen Teilen an vier Kommunen vergeben: die Stadt Bielefeld in Nordrhein-Westfalen, die Städte Dresden und Leipzig in Sachsen sowie den Oberbergischen Kreis in Nordrhein-Westfalen.

Die Stadt Bielefeld wurde für ihren Beitrag „walk in – ein Waldkinderprojekt für Kinder aus suchbelasteten Familien“ ausgezeichnet. Das Gruppenangebot für Kinder aus suchbelasteten Familien im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren bietet einmal in der Woche die Möglichkeit, durch das Spielen im Wald neue Erfahrungen zu machen, die von ihrem teilweise belasteten Alltag abweichen.

Im prämierten Beitrag der Stadt Dresden – „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention – Kinder suchtkranker Eltern“ – steht die Sensibilisierung von Multiplikatoren wie Erzieher*innen, Lehrkräften und von Personen im weiteren Umfeld der Kinder für das Thema. So können betroffene Kinder schneller erkannt und Hilfe angeboten werden. Das ist wichtig, da Kinder aus suchbelasteten Familien selten von sich aus diese Probleme ansprechen.

Die Stadt Leipzig wird für ihren Wettbewerbsbeitrag „Präventive Gruppenangebote für Kinder aus suchbelasteten Familien“ ausgezeichnet. Die Angebote in den Bereichen „Psychoedukation“, „Förderung der Resilienz“ und „Stressreduktion“ richten sich an Kinder aus suchbelasteten Familien im Alter von sieben bis zwölf Jahren und verfolgen das Ziel, das Risiko psychischer Erkrankung oder Abhängigkeit dieser Kinder zu mindern.

Der Oberbergische Kreis wurde für seinen Beitrag „Prävention für Kinder und Jugendliche mit psychisch- oder suchtkranken Eltern im Oberbergischen Kreis“ prämiert. Unter der Koordinierung des Gesundheitsamts werden Präventionsangebote für Kinder und Jugendliche mit psychisch- oder suchtkranken Eltern gebündelt, die Kinder und Eltern in ihren Kompetenzen stärken. Im Vordergrund steht die Stärkung der Resilienz der Kinder.

Veröffentlichung der Wettbewerbsergebnisse

Um die Breite der eingereichten Wettbewerbsbeiträge und die herausragenden innovativen Aktivitäten einer breiten Öffentlichkeit als Anreiz und Inspiration zugänglich zu machen, sind die Wettbewerbsergebnisse in einer Dokumentation veröffentlicht. Außerdem können alle Beiträge sowie die Dokumentation im Internetportal zum Wettbewerb abgerufen werden.



Wettbewerbsportal
www.bit.ly/36rP0nj

Wettbewerbsdokumentation
www.bit.ly/38vlwro

Bestellung der Durchfassung (kostenlos) über die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung:
bestellung@bzga.de
Bestellnummer: 3396300

Innovative Maßnahmen für eine erfolgreiche Verkehrswende

Emissionen sparen, Platz schaffen, mobil sein: Das Difu untersuchte exemplarisch anhand der Fallstudienstädte München und Hamburg, welche innovativen Maßnahmen dazu beitragen, dass die notwendige Verkehrswende ein Erfolg wird.



Foto: Green City e.V.

Der nach wie vor zunehmende Verkehr stellt Städte vor große Herausforderungen: Wie können Menschen vor Umweltbelastungen geschützt werden und trotzdem mobil sein? Und wie kann vermieden werden, dass kostbare innerstädtische Flächen durch Dauerparker und Lieferverkehr unverhältnismäßig hoch belastet werden? Für eine funktionierende Stadt sind Lieferverkehr und die Mobilität der Menschen schließlich wichtig. Diesen und weiteren Fragen ging das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gemeinsam mit weiteren Partnern im Forschungsprojekt „City2Share“ ganz praktisch auf den Grund. Die Modellstädte München und Hamburg machten mit und testeten innovative Wege in eine mobile und zugleich umweltverträgliche Zukunft.

Car- und Bikesharing, Mobilitätsstationen, digitale Buchungs- und Informationssysteme aber auch stadtverträgliche Lastenradlogistik sind Maßnahmen, die den Verkehr entlasten können und Verbesserungen für Stadtraum und Klimaschutz versprechen. Wie die dafür notwendige Verkehrswende im Personen- und Wirtschaftsverkehr vorangebracht werden kann und welche Rolle dabei innovative Maßnahmen spielen, zeigt das Forschungsteam von „City2Share“ in einer anschaulich aufbereiteten Publikation. Sie zeigt, dass eine Reduzierung des Verkehrs nicht nur die Lebensqualität steigern kann, sie kann sogar ein Mehr an Mobilitätsoptionen eröffnen. In den beiden Modellstädten wurden mehrere Maßnahmen

parallel erprobt, beispielsweise der Einsatz wohnungsnaher Mobilitätsstationen mit geteilten und elektrischen Mobilitätsangeboten (Bike- und Carsharing), ein umweltverträglicher Lieferverkehr auf der Basis von Mikro-Depots und Lastenrädern sowie die Rückgewinnung und Aufwertung des kostbaren öffentlichen Raums, kombiniert mit einer umfassenden Bürgerbeteiligung.

Das Forschungsteam nahm in seiner Studie drei wichtige Zielbereiche besonders in den Blick: Weniger Dieselfahrzeuge auf der „Letzten Meile“ – Mobilitätsstationen und vielfältige Verkehrsangebote als Alternative zur „Mobilitätsreserve“ schaffen – Weniger parkende Autos – mehr Lebensqualität im öffentlichen Raum.

Die kostenfrei erhältliche Abschlusspublikation fasst die zentralen Studienergebnisse anschaulich zusammen. Anhand vieler dokumentierter Beispiele erhalten Kommunalpolitik und -verwaltung anderer Kommunen Inspiration und Argumentationshilfen für passende Maßnahmen vor Ort.

Das BMU förderte das Forschungsprojekt im Rahmen des Programms „Erneuerbar Mobil“. An der Begleitforschung und Umsetzung beteiligte sich ein Konsortium aus Industrie, Verwaltungen und Forschungseinrichtungen unter der Leitung von BMW. Konsortialpartner waren neben BMW die Landeshauptstadt München, die Stadtwerke München, die Hamburger Hochbahn AG, Siemens, UPS, ShareNow, die Universität der Bundeswehr, die TU Dresden und das Difu.



www.difu.de/15889



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de



Investiver Nachholbedarf in Sachsen-Anhalts Gemeindestraßennetz

Die Straßen der Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt weisen erhebliche Mängel auf. Eine Difu-Studie zeigt, dass drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung rund 615 Mio. Euro pro Jahr an Investitionen für die Gemeindestraßen erforderlich wären.

Im Auftrag des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt hat das Deutsche Institut für Urbanistik ein Gutachten zum Be- und Zustand der Gemeindestraßen in Sachsen-Anhalt erstellt. Dabei wurden ein Investitionsstau von rund 3,7 Mrd. Euro und Unterhaltungsrückstände von weiteren rund 505 Mio. Euro ermittelt. Die Hochrechnungen des Gutachtens basieren auf Befragungen der Bauämter aller Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt, die im Sommer 2020 durchgeführt wurden. Anlass des Gutachtens war – wie auch in anderen Bundesländern – die politische Diskussion über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sowie mögliche Finanzierungsalternativen für die kommunalen Straßen.

Das Forschungsteam des Difu ermittelte einen Umfang des gemeindlichen Straßennetzes in Sachsen-Anhalt von rund 17.700 km. Hinzu kommen land- und forstwirtschaftliche Wege von 16.500 km und rund 2.000 km straßenunabhängige Rad- und Gehwege. In 37 Prozent der Rückmeldungen aus Städten und Gemeinden – also mehr als ein Drittel – wurde der Straßenzustand als "sehr schlecht" oder "schlecht" bewertet. Nur 31 Prozent urteilten mit "gut" oder "sehr gut". Kritisch ist auch der Zustand der kommunalen Brücken. Hier ergeben die Berechnungen des Difu

einen Investitionsbedarf bis 2025 von rund 635 Mio. Euro. Für Straßenbaumaßnahmen liegt der weitaus höhere Bedarf an Investitionen bis 2025 bei etwa 3,7 Mrd. Euro. Rein rechnerisch ergibt sich daraus ein jährlicher Investitionsbedarf für Straßenausbaumaßnahmen in Höhe von über 615 Mio. Euro – einschließlich des Jahres 2020.

Der Instandhaltungs- und Unterhaltungsbedarf bis 2025 wird im Gutachten mit rund 505 Mio. Euro beziffert. In den Jahren 2016 bis 2019 wurden hingegen nur durchschnittliche Investitionen der Kommunen von rund 147 Mio. Euro sowie Instandhaltungsmaßnahmen von rund 43 Mio. Euro getätigt. Die Gegenüberstellung dieser Summen gibt Hinweise darauf, wie sich in den vergangenen Jahren der Investitions- und Unterhaltungsstau aufbauen konnte. Verschärfend kam hinzu, dass auch die gemeindlichen Straßen durch eine steigende Belastung infolge zunehmenden Lkw- und Schwerlastverkehrs immer schneller verschleifen. In der politischen Diskussion, die auf Basis des Difu-Gutachtens geführt werden kann, wird es nun darum gehen, wie eine Kompensation der gemeindlichen Einnahmefälle im Falle der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge organisiert werden kann.



www.difu.de/16173



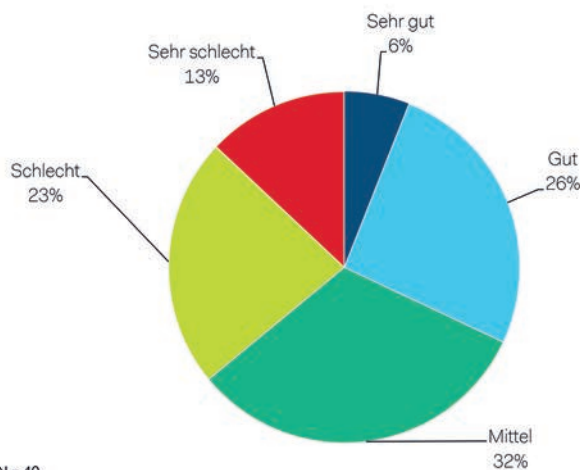
Christian Raffer
+49 30 39001-198
raffer@difu.de

Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

**Dr.-Ing.
Wulf-Holger Arndt**
+49 30 39001-252
arndt@difu.de

Zustand des Gemeindestraßennetzes in Sachsen-Anhalt



Quelle: Befragungsergebnisse gewichtet nach Netzlänge in fünf verschiedenen Gemeindegruppen; eigene Darstellung.

18.11.2020

Förderung lokaler Ökonomien schafft Mehrwert für die Quartiere

Eine neue Studie über „Lokale Ökonomie“ liefert Erkenntnisse über lokale Strukturen sowie Unterstützungsbedarf und Erfolgsfaktoren für die Förderung benachteiligter Quartiere.



Lokale Ökonomien haben in städtischen Quartieren mit besonderen strukturellen Herausforderungen und einer prekären sozialen Situation wichtige Funktionen. Als Arbeitgeber sorgen solche Klein- und Kleinstunternehmen, Mittelständler und ethnisch-geprägte Unternehmen für Beschäftigung. Zudem stellen sie einen wichtigen Teil der Nahversorgung für die Menschen vor Ort sicher und tragen zur Stabilisierung und zum Ausgleich bestehender Standortnachteile bei.

In einer vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) beauftragten Studie untersuchte das Difu die ökonomischen und sozialräumlichen Wirkungen lokaler Ökonomien. Durch eine Analyse der im Handlungsfeld „Lokale Ökonomie“ des ESF-Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ geförderten Projekte, wurden verallgemeinerbare empirische Erkenntnisse zu standortspezifischen Wirkungen lokaler Ökonomien herausgearbeitet. Die Ergebnisse der Studie können dabei helfen, geeignete Strategien für die strukturelle Entwicklung in benachteiligten Quartieren insbesondere durch die Förderung lokaler Akteure und Unternehmen zu entwickeln. Dazu wurden Wirkungen, Rahmenbedingungen, Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Projekte analysiert und daraus abzuleitender künftiger Unterstützungsbedarf für eine gezieltere Förderung und Umsetzung von Maßnahmen abgeleitet. Es zeigte sich, dass die mit dem BIWAQ-Programm verfolgten Ziele in den

meisten der untersuchten Projekte erreicht werden konnten. Dies betrifft insbesondere die Stabilisierung lokaler Unternehmen und die Schaffung von Quartiersmehrwerten. Allerdings ergeben sich beispielsweise aus den Auswirkungen der Digitalisierung auch besondere Herausforderungen für die meisten der untersuchten Quartiere – und das unabhängig von den pandemiebedingten Erfahrungen der letzten Monate. Unterstützung wird außerdem beim Leerstandsmanagement und beim Quartiersmarketing benötigt.

Methodisch basiert die Studie auf vier wesentlichen Bausteinen. Zunächst erfolgte eine kriteriengeleitete Auswertung von Projektanträgen und Abschlussberichten. Zusätzliche empirische Informationen wurden durch eine Befragung der Kommunen sowie die Durchführung von Fallstudien gewonnen. Die auf dieser Grundlage abgeleiteten Ergebnisse wurden mit Vertreter*innen der Fachcommunity im Rahmen eines Delphi-Prozesses rückgekoppelt.

Ein kompakter Überblick über das Forschungsprojekt und die wichtigsten Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen können auf der Internetseite des BIWAQ-Programms abgerufen werden.

Eine Veröffentlichung der Studie ist zum Jahresende 2020 geplant.



www.difu.de/12880



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Chancen und Herausforderungen von Open Data in Kommunen

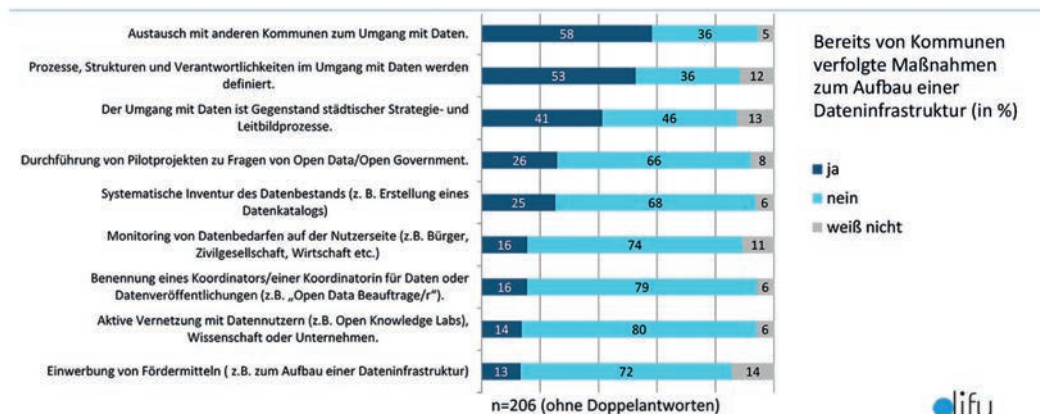
Eine Kommunalbefragung vom Deutschen Institut für Urbanistik und der Bertelsmann Stiftung liefert Einschätzungen zu den Chancen und Herausforderungen einer Nutzung offener Daten in Kommunen.

Nicht erst der Ausbruch der Corona-Pandemie hat verdeutlicht, dass der Verfügbarkeit über aktuelle Datenbestände – gerade in Kommunen – eine steuerungsrelevante Bedeutung zukommt. In Deutschland stellt eine wachsende Zahl an Vorreiterkommunen bereits seit einiger Zeit offene Daten als „Open Data“ bereit. Um mehr darüber herauszufinden, welche Möglichkeiten und Herausforderungen Kommunen mit der Bereitstellung offener Daten verbinden, hat das Difu zusammen mit der Bertelsmann Stiftung eine Befragung durchgeführt, an der sich über 200 Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohner*innen beteiligt haben. Viele Kommunalverwaltungen setzen sich bereits heute aktiv mit Fragen des Datenmanagements auseinander. So hat mehr als die Hälfte der befragten Kommunen begonnen, Prozesse, Strukturen und Verantwortlichkeiten im Umgang mit Daten zu definieren. Zudem hat der Umgang mit Daten bereits Eingang in zahlreiche städtische Strategie- und Leitbildprozesse gefunden. Die Öffnung der Datenbestände wird dabei durchaus positiv bewertet und mit verschiedenen Vorteilen verbunden. Denn neben den Bürger*innen profitierten vor allem die Kommunen selber von offenen Daten, da sie zu einem vereinfachten Austausch zwischen verschiedenen Ämtern sowie kommunalen Unternehmen beitragen können und damit Impulse für einen Wandel der Verwaltungskultur geben.

Der Aufbau einer Dateninfrastruktur ist jedoch ein komplexes Unterfangen und betrifft die Organisationskultur der Kommunalverwaltung als Ganzes. Dabei seien es in erster Linie organisatorische und praktische Hürden und weniger technische oder

rechtliche Aspekte, die beim Aufbau einer offenen Dateninfrastruktur überwunden werden müssten. Denn vielfach fehle es nicht nur an den nötigen Ressourcen und der Expertise der Mitarbeiter*innen im Umgang mit Daten, sondern an einem direkten und fachübergreifenden Austausch. Oftmals fehle es zudem an Wissen, wo welche Daten erhoben und gespeichert werden.

Für Kommunen sind offene Verwaltungsdaten ein relativ neues Tätigkeitsfeld. Dies zeigt sich auch darin, dass rund zwei Drittel der Befragten angaben, dass in ihrer Kommune noch keine systematische Inventur des Datenbestands durchgeführt wird. Dies wäre jedoch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer neuen Open-Data-Praxis. Um eine Verwertung offener Verwaltungsdaten zu wirtschaftlichen Zwecken durch private Dritte zu fördern, reicht zudem eine alleinige Orientierung am bereits verfügbaren Datenangebot nicht aus. Vielmehr sollten Datenveröffentlichungen gezielt aus der Perspektive potenzieller Nutzer*innen ergänzt werden. Die Zivilgesellschaft beziehen allerdings nur wenige der befragten Kommunen dazu bisher ein. Eine deutliche Mehrheit der befragten Kommunen hält die politischen Bemühungen, offene Daten verstärkt zur Verfügung zu stellen, für richtig. Damit das Thema weiter vorangebracht werden kann, benötigen die Kommunen jedoch Leitlinien für Fragen des Datenschutzes, die Klarheit darüber schaffen, welche Daten unter welchen Bedingungen veröffentlicht werden dürfen. Außerdem wünschen sich die kommunalen Beschäftigten eine klarere strategische Ausrichtung bezüglich des Umgangs mit offenen Daten.



www.difu.de/15886



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Annegret Hoch

Wasser- und Grün-Infrastrukturen an den Klimawandel anpassen

Forschungsprojekt netWORKS 4 präsentiert Ergebnisse einer planerischen Machbarkeitsstudie vernetzter „blau-grün-grauer Infrastrukturen“ zur klimagerechten Stadtentwicklung.

Die Folgen des Klimawandels setzen Städten und ihren Bewohner*innen erheblich zu. Risiken wie Starkregen, Überflutungen oder Hitzestress und Wasserknappheit verstärken sich insbesondere in städtischen Gebieten. Diese Klimafolgen machen deutlich, dass der Bewirtschaftung von – zu viel oder zu wenig – Wasser in den Städten eine große Bedeutung für die Anpassung an den Klimawandel und den Erhalt der Lebensqualität zukommt. Eine klimagerechte Stadtentwicklung berücksichtigt, dass die Auswirkungen des Klimawandels in der Stadt – abhängig von Vorbelastungen – räumlich unterschiedlich stark wirken („Hotspots“) und zugleich verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark von den Folgen betroffen sind.

Gemeinsam mit Akteur*innen der Stadt Norderstedt hat das Team des Forschungsverbunds netWORKS anhand eines konkreten Planungsvorhabens untersucht, wie auf Basis vernetzter Grün- und Wasserinfrastrukturen eine klimagerechte Stadtentwicklung und angepasste Wasserbewirtschaftung geplant werden können. Ausgangspunkt ist das Konzept, technische Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen der Siedlungswasserwirtschaft (graue Infrastrukturen), urbanes Grün wie z.B. Grünflächen, Straßenbäume oder Dachbegrünung (grüne Infrastrukturen) und Gewässer (blaue Infrastrukturen) so zu vernetzen, dass diese sich wechselseitig in ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Funktionen („Ökosystemleistungen“) unterstützen können und damit ihre Resilienz erhöhen. Es steht eine Reihe von Bausteinen blauer, grüner und grauer Infrastrukturen zur Verfügung, die zur Erreichung vielfältiger planerischer Ziele in einer Kommune beitragen können. Im Zuge einer geschickten Verknüpfung dieser Bausteine können attraktive, wirkungsvolle und klimagerechte Infrastrukturen gestaltet werden. Für die Verknüpfung verschiedener wasserbezogener Infrastrukturen ist jedoch eine gute Abstimmung zwischen der Stadt- und Infrastrukturentwicklung erforderlich, bei der gemeinsam nach Strategien und Maßnahmen zum Erreichen der verschiedenen Zielsetzungen gesucht wird.

Die gemeinsam von den beteiligten Teams aus Kommune und Forschungsverbund angestellten Überlegungen wurden in einer planerischen Machbarkeitsstudie für das Baugebiet „Sieben

Eichen“ in Norderstedt verdichtet. Stadtplanung und Politik erhalten mit der Machbarkeitsstudie verschiedene Gestaltungsvarianten für Grün- und Wasserinfrastrukturen, die für dieses Gebiet (und darüber hinaus) zukunftsfähige und zugleich für die Bevölkerung attraktive Lösungen zum Umgang mit Wasser in Zeiten des Klimawandels entwickeln.



Bild: Ramboll Studio Dreiseitl

Die Publikation „An den Klimawandel angepasste Wasser- und Grün-Infrastrukturen im Planungsgebiet „Sieben Eichen“, Norderstedt – planerische Machbarkeitsstudie“ von Jeremy Anterola, Jan Hendrik Trapp und Herbert Brüning (unter Mitarbeit von Martina Winker) entstand im Forschungsvorhaben „Resilient networks: Beiträge von städtischen Versorgungssystemen zur Klimagerechtigkeit“ (netWORKS 4).

Der Forschungsverbund netWORKS wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Fördermaßnahme „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“ des Forschungsschwerpunkts Sozial-ökologische Forschung gefördert. Forschungs- und Projektpartner sind das ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), das Kompetenzzentrum Wasser Berlin, die Berliner Wasserbetriebe, die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen in Berlin sowie die Stadt Norderstedt und Ramboll Studio Dreiseitl.



www.difu.de/15714
www.bit.ly/3pf2ETr



Dipl.-Soz.
 Jan Hendrik Trapp
 +49 30 39001-210
trapp@difu.de

Herbert Brüning
 Stadt Norderstedt
Herbert.Bruening@norderstedt.de

Jeremy Anterola
 Ramboll Deutschland GmbH
jeremy.anterola@ramboll.com

Föderalismus

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt

Föderalismus – von lateinisch „foedus“: der Vertrag, der Bund – ist ein Strukturprinzip, das ganz abstrakt eine Einheit aus gleichberechtigten autonomen Teileinheiten beschreibt. Überträgt man dieses Prinzip auf staatliche Strukturen, wird von Bundesstaaten gesprochen. Diese werden durch einen vertragsförmigen Zusammenschluss von Teilstaaten konstituiert. Der für die Bundesrepublik einschlägige Vertrag ist das Grundgesetz, das in Art. 20 Abs. 1 GG bestimmt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“. Neben Art. 1 GG ist nur noch Art. 20 GG durch die sogenannte „Ewigkeitsklausel“ des Grundgesetzes geschützt. Danach gilt: „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig“ (Art. 79 Abs. 3 GG).

„Das föderale Prinzip setzt auf die Gestaltungsfähigkeit kleiner Einheiten. Lösungen vor Ort werden gerade auch in Krisensituationen benötigt.“

In der Bundesrepublik verfügen damit Bund und Länder jeweils über Staatsqualität – also eigene Zuständigkeitsbereiche und entsprechende Finanzierungsquellen. Die Kommunen bilden dabei eine eigene Verwaltungsebene, sind aber verfassungsrechtlich Teil der Länder (Art. 28 Abs. 2 GG). Föderalstaatliche Systeme weisen eine eigene Dynamik auf, da sie mit der Gesetzgebung faktisch tagtäglich mit der Neujustierung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern befasst sind. Ausdruck dieser Dynamik in der Bundesrepublik ist der Zugewinn an politischer Bedeutung und Selbstbewusstsein der Kommunen, der spätestens seit der Flüchtlingssituation 2015 zu beobachten ist und sich nun auch in der Corona-Pandemie zeigt. Das föderale Prinzip erfreut sich auch international einer wachsenden Beliebtheit. Inzwischen werden weltweit über 30 Föderalstaaten gezählt, die immerhin 40 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen

Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €

ISBN 978-3-88118-643-8, **eBOOK** 33,99 €

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann, Gudrun Kirchhoff, Ricarda Pätzold, Wolf-Christian Strauss (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.),

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele –

Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S.,

zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von

Klaus J. Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €

ISBN 978-3-88118-529-5

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

Difu-Arbeitshilfen

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch 3. Auflage

A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise

Von Marie-Luis Wallraven-Lindl u.a.,

2011, 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35 €

ISBN 978-3-88118-498-4, **eBOOK** 29,99 €

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl,

A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €

ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

Vielfalt und Sicherheit im Quartier **NEU**

Konflikte, Vertrauen und sozialer Zusammenhalt in europäischen Städten

Gabriel Bartl, Niklas Creemers, Holger Floeting

(Hrsg.)

Bd. 3/2020, 182 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-667-4, **eBOOK** 16,99 €

Verkehrswende nicht ohne attraktiven ÖPNV

Wie lassen sich große ÖPNV-Projekte

erfolgreich umsetzen?

Jürgen Gies (Hrsg.)

Bd. 2/2020, 104 S., 18 €

ISBN 978-3-88118-648-3, **eBOOK** 15,99 €

Checkpoint Teilhabe

Kinder- und Jugendhilfe + BTHG –

Neue ganzheitliche Lösungen entwickeln!

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“

Bd. 1/2020, 160 S., 20 Euro

ISBN 978-3-88118-653-7, **eBOOK** 16,99 €

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?

Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen

Von Tilman Bracher u.a., Bd. 2/2019, 68 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-642-1, **eBOOK** 12,99 €

Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau

Evaluation „Planungsdialog Borgholzhausen“

Von Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann

Bd. 1/2019, 98 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-640-7, **eBOOK** 12,99 €

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten

Fachtagungsdokumentation

M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)

Bd. 8/2018, 90 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-625-4, **eBOOK** 12,99 €

Junge Flüchtlinge – Perspektivplanung und Hilfen zur Verselbstständigung

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum (Hrsg.), Bd. 7/2018, 188 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-626-1, **eBOOK** 16,99 €

Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen

Herausforderungen und Trends am Beispiel des

Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin

Von S. Wagner-Endres u.a.

Bd. 4/2018, 84 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-614-8, **eBOOK** 12,99 €

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten

Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern

und Mikro-Hubs, W. Arndt und T. Klein (Hrsg.)

Bd. 3/2018, 96 S., **eBOOK** 12,99 €

★ Difu-Papers

Altersarmut in Städten

Kommunale Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten. Von Beate Hollbach-Grömig u.a.

2020, 56 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/15789

Kommunale Wirtschaftsförderung 2019

Strukturen, Aufgaben, Perspektiven: Ergebnisse der Difu-Umfrage

Von Sandra Wagner-Endres

2020, 42 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/15617

Dialogbrücken im Stromnetzausbau

Die Mitwirkung von Kommunen an der Öffentlichkeitsbeteiligung am Beispiel Thüringen

Von Bettina Reimann u.a.

2020, 48 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €,

➔ www.difu.de/13365

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Von Jens Libbe und Roman Soike

2017, 28 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/11741

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

eBooks: <http://difu.ciendo-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwender: www.difu.de/12544

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

★ Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwender auch digital.

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)

Klimaschutz & Ressourceneffizienz **NEU**

Ressourcen schonen und zugleich das Klima schützen – Beispiele aus der kommunalen Praxis
Difu (Hrsg.), Franziska Wittkötter (Bearb.)

80 S., nur online

➔ www.difu.de/publikationen

Klimaschutz & Kommunikation **NEU**

Kommunen machen Klimaschutz zum Thema
Difu (Hrsg.), Marco Peters (Bearb.)

56 S., nur online

➔ www.difu.de/16129

Zur Messung kommunaler Investitions- rückstände **NEU**

Zwischen begrifflichen Abgrenzungsschwierigkeiten, statistischen Brüchen und notwendiger Methodenvielfalt

Von Elisabeth Krone, Henrik Scheller u.a.

2020, 19 S., nur online

➔ www.difu.de/16144

The Multimodal Future of On-Street Parking **NEU**

A Strategic Approach to Curbside Management
Von Rachel Nadkarni

2020, 30 S., nur online

➔ www.difu.de/16162

SDG-Indikatoren für Kommunen **NEU**

Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen

Bertelsmann Stiftung, Difu, DST u.a. (Hrsg.)

2020, 208 S., nur online

➔ www.difu.de/16115

Fokus: Wie Sie mit Aktionstagen Menschen begeistern **NEU**

Tipps und Ideen für eine erfolgreiche Veranstaltung

Von Taina Niederwipper u.a., SK:KK (Hrsg.)

2020, 24 S., kostenlos, auch online

➔ www.difu.de/16103

Gute Praxisbeispiele kompakter und zu- gleich lärmarmen städtischen Quartiere

NEU

Von Thomas Preuß u.a., UBA (Hrsg.)

2020, 175 S., nur online

➔ www.difu.de/16075

Innovative Instrumente zum Flächen- sparen und zur Förderung der Innenent- wicklung **NEU**

Von Thomas Preuß u.a., UBA (Hrsg.)

2020, 337 S., nur online

➔ www.difu.de/16078

Open Data in Kommunen **NEU**

Eine Kommunalbefragung zu Chancen und Herausforderungen der Bereitstellung offener Daten

Von Annegret Hoch u.a., Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

2020, 27 S., nur online

➔ www.difu.de/15886

#Klimahacks No. 6: Mach dein Projekt zu Photovoltaik auf kommunalen Dächern

NEU

Eine Anleitung für mehr Klimaschutz

Difu (Hrsg.), 2020, 8 S., nur online

➔ www.difu.de/15704

Klimaschutz in finanzschwachen Kommu- nen: Mehrwert für Haushalt und Umwelt

NEU

Eine Handreichung für Kommunen

Von Corinna Altenburg u.a.

2020, 31 S., kostenlos, auch online

➔ www.difu.de/15833

Kommunale Antworten auf die globale Corona-Krise: Finanzen, Innovationskraft und Lebensqualität verbessern **NEU**

Kurzexpertise im Auftrag des Deutschen Städtetages

Von Carsten Kühl, Henrik Scheller u.a.

2020, 26 S., nur online

➔ www.difu.de/15723

Emissionen sparen, Platz schaffen, mobil sein

Handlungsleitfaden City2Share

Uta Bauer, Thomas Stein, Victoria Langer (Hrsg.)

2020, 68 S., Printversion und Download

kostenlos

➔ www.difu.de/15889

Spielräume für Investitionen finanz- schwacher Kommunen in Klimaschutz- maßnahmen

Vergleichende Analyse der haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen in den Bundesländern

Von Henrik Scheller

2020, 19 S., nur online

➔ www.difu.de/15829

Ein anderer Stadtverkehr ist möglich

Neue Chancen für eine krisenfesten und

klimagerechten Mobilität

Von Uta Bauer u.a., Hrsg. Agora Verkehrswende

2020, 52 S., nur online

➔ www.difu.de/15745

„Gute Governance“ für gesellschaftliche Integration

Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe in Klein- und Mittelstädten

Von T. Franke, R. Pätzold, B. Reimann

2020, 56 S., Printversion und Download

kostenlos

➔ www.difu.de/15791

Blau-grün-graue Infrastrukturen vernetzt planen und umsetzen

Ein Beitrag zur Klimaanpassung in Kommunen

Jan-Hendrik Trapp, Martina Winker (Hrsg.)

2020, 149 S., nur online

➔ www.difu.de/15415

Stadtentwicklung in Coronazeiten

Von Arno Bunzel und Carsten Kühl

2020, 36 S., nur online

➔ www.difu.de/15641

Klimaschutz in finanzschwachen Kommunen

Von Henrik Scheller u.a.

2020, 166 S., nur online

➔ www.difu.de/15564

Einblicke

Die Jahre 2018/2019 im Difu

Difu (Hrsg.), 68 S., nur online

➔ www.difu.de/15629

Stadt und Krise – Gedanken zur Zukunft

Berichte – Das Magazin des Difu, Sonderheft

2020, 36 S., nur online

➔ www.difu.de/15533

OB-Barometer 2020

Busso Grabow, Carsten Kühl (Hrsg.)

2020, 4 S., nur online

➔ www.difu.de/15727

Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden. 3. Aufl.

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)

2018, 454 S., nur online

ISBN 978-3-88118-585-1

➔ www.difu.de/11742

Zeitschrift

50 Jahre Moderne Stadtgeschichte **NEU**

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Halbjahresschrift, Heft 2/2020, 184 S.

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

Spaces of Fear – Angsträume

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Halbjahresschrift, Heft 1/2020, 184 S.

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 €

★ Dokumentationen

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen

Rita Gräber (Bearb.), 2019, 174 S.

Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €

➔ www.difu.de/13161

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung **NEU**

Christine Bruchmann, Jan Treibert (Bearb.)

2020, ca. 224 S., in Vorbereitung

Einzelband 36,40 €, Jahresabo 28 €

➔ www.difu.de/publikationen



Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Wichtigste Kooperationspartner des Difu sind seine Partnerstädte. Das sind Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften, die besonders eng mit dem Difu kooperieren und das Institut durch eine jährliche Zuwendung unterstützen. Durch die enge Kooperation mit ihnen sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung, moderiert den kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet umfangreiche Serviceleistungen an:

Persönliche Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Zuwendungsstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Ob vor Ort oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwenderschaft besonders: Für Zuwander gelten stark reduzierte Seminarbeiträge.

➔ www.difu.de/6263

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu

lernen. Das Difu bietet regelmäßige Treffen an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ www.difu.de/6263

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu z.B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwander günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Ergebnisberichte über Difu-Fortbildungen samt „virtueller“ Tagungsmappe, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Zuwander können sich zudem über Neuerscheinungen exklusiv per RSS-Feed informieren lassen.

➔ www.difu.de/43

Kostenfreier 24-Stunden-Zugang in die Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in der Difu-Literaturdatenbank ORLIS ist nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/37

Alle Neuerscheinungen kostenfrei im Regelversand

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander Publikationen auch als PDF oder eBook an, grundsätzlich kostenfrei. PDFs können direkt im Extranet heruntergeladen werden, eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/12544

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/6207



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Difu-Beitritt und Zuwander
+49 30 39001-208/209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann
Beratung eBooks
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Susanne Plagemann, M.A.

Internet/Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf
Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion

Sybilie Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) unter
Mitarbeit von Vera Gutofski, Dr. Sinje Hörlin,
Johannes Maximilian Holz, Luisa Sophie
Müller

Grundgestaltung/CD

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout

Vera Gutofski

Fotos

Fotos ohne Angabe: www.pixabay.com bzw.
www.unsplash.com. und qimby.de. Herzlichen
Dank an alle Fotografierenden sowie an die
Plattformen für die kostenfreie Bereitstellung!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208, Fax -130
presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 46/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 11.12.2020

Druck

oeding print GmbH, Braunschweig.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.
Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft.
100 Prozent PEFC.

Zweitverwendung der Beiträge:

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF an die
Difu-Pressestelle erbitten.

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites

Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung,
-Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles
mehr ist auf der Difu-Website zu finden – und
auch auf den verschiedenen Projekt-Websites,
die das Difu im Rahmen seiner Projekte betreibt:

- ➔ www.difu.de/
- ➔ www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online

Das Difu-Magazin informiert vierteljährlich über
Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue
Publikationen, Projekte, Veranstaltungen und
vieles mehr. Die Berichte erscheinen als Print-
und Online-Version. Der Umstieg auf die papier-
lose Version hat viele Vorteile: Umwelt schonen,
Platz sparen, früher informiert sein – und das
Difu von den Portokosten entlasten. Der Wech-
sel ist einfach: E-Mail-Adresse online eintragen
und absenden. Eine Bestätigung folgt per Mail.
Senden Sie anschließend einfach eine Mail an
presse@difu.de und teilen uns mit, welche Post-
adresse wir streichen dürfen. Beim Erscheinen
eines neuen Hefts erhalten eAbonnent*innen
eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft
(PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das
Heft ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der
Printausgabe, da Druck- und Versandzeiten ent-
fallen. Das Archiv reicht bis 1996 zurück.

- ➔ www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)
- ➔ www.bit.ly/3m1WcfP (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Alle zwei Wochen informiert der kostenfreie
E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über interes-
sante neue Inhalte auf der Difu-Homepage.

- ➔ www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum
Download auf der Difu-Homepage zur Verfü-
gung. Andere können als Printexemplare oder
eBooks käuflich erworben werden.

- ➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die
gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-
Dialoge zur Zukunft der Städte“ an, die sich
bei jedem Termin mit einem anderen aktuellen
Thema zur Zukunft der Städte befasst.

- ➔ www.difu.de/veranstaltungen

Social Media-Kanäle

Über Facebook und Twitter kommuniziert das
Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus
dem Institut bzw. zu allen kommunal relevanten
Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Veran-
staltungen können auf Youtube live verfolgt oder
"nachgesehen" werden:

- ➔ www.facebook.com/difu.de
- ➔ www.twitter.com/difu_d
- ➔ www.bit.ly/2KwY0QG

Presseverteiler

Die Pressemitteilungen informieren über
medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.

- ➔ www.difu.de/13168

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen,
Publikationen, Projekten, Ausschreibungen

- ➔ www.difu.de/15162



Klimaschutz trotz klammer Kassen: Was Kommunen tun können

Auch finanzschwache Kommunen haben Handlungsspielräume für den Klimaschutz. Wie diese klug genutzt werden können, zeigen Ergebnisse des vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit geförderten QualiFiKo-Projekts.



Rund ein Viertel der Kommunen in Deutschland gilt als finanzschwach. Dass gerade auch diese Gruppe an Städten und Gemeinden Spielräume für Klimaschutzinvestitionen hat und davon regionalökonomisch profitieren kann, zeigen eine neue Broschüre und fünf Infoblätter, die gemeinsam vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) erarbeitet wurden.

Insbesondere finanzschwachen Kommunen fällt es oft schwer, notwendige Anfangsinvestitionen für umfangreiche Klimaschutzmaßnahmen zu tätigen. Selbst wenn sie aktuell von sehr günstigen Förderquoten profitieren können, müssen zunächst politische, personelle und regulatorische Hürden genommen werden. So setzt kommunaler Klimaschutz einen fachübergreifenden und strategischen Dialog zwischen Umwelt-, Bau- und Finanzdezernaten in den jeweiligen Städten voraus. Dieser Austausch und die verwaltungsinterne Vernetzung setzen häufig eine politische Verpflichtung voraus: denn die strategische Kommunikation erfordert häufig auch personelle Ressourcen – sei es für die Erarbeitung eines ämterübergreifenden Klimaschutzkonzepts oder für Klimaschutzpersonal. Als freiwillige kommunale Aufgabe steht Klimaschutz in Haushaltssicherungskommunen meist hinten an. Umso wichtiger ist es für Kommunen, dass die Städte und Gemeinden auch in den Dialog mit den zuständigen Aufsichtsbehörden ihrer jeweiligen Bundesländer eintreten. Bei der Genehmigung von klimaschutzrelevanten Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept gibt es oft einen Ermessensspielraum –

es lohnt sich, nicht nur in den Klimaschutz, sondern auch in langfristige Beziehungen zur Kämmerei und Kommunalaufsicht zu investieren: Langfristig können Energieeinsparungen zu Einspareffekten im kommunalen Haushalt führen.

Wie mögliche Hürden bewältigt werden können, hat das Projektteam in mehreren Workshops mit Verwaltungsmitarbeiter*innen aus Umweltämtern, Kämmereien sowie mit regionalen Multiplikator*innen analysiert. Dabei konnten einzelnen Klimaschutzvorhaben begleitet und zur Umsetzung gebracht werden. Auf Grundlage dieser Erfahrungen wurden eine praxisorientierte Broschüre sowie fünf Infoblätter, ein umfassendes Analysepapier sowie eine Übersicht zu den unterschiedlichen landesrechtlichen Rahmenbedingungen für finanzschwache Kommunen erstellt. Die Broschüre wendet sich direkt an finanzschwache Kommunen und hilft diesen über etwaige Anfangshürden bei der integrierten Projektarbeit für den Klimaschutz hinweg. Die Infoblätter kombinieren Praxisbeispiele, Beispielrechnungen zu Wertschöpfungsaspekten sowie mögliche alternative Finanzierungswege zu ausgewählten Themen, wie z.B. die energetische Gebäudesanierung, PV-Nutzung auf kommunalen Dächern oder das Klimaschutzmanagement in Kommunen. Die Handreichung erscheint dabei genau zum richtigen Zeitpunkt: Denn aktuell profitieren finanzschwache Kommunen von erhöhten Förderquoten für unterschiedliche Klimaprojekte. So ist im Zuge des Corona-Konjunkturpakets bis Ende 2021 in einigen Bereichen, wie dem Klimaschutzmanagement, sogar eine 100-Prozent-Förderung möglich.



www.difu.de/15833



Philipp Reiß
+49 30 39001-186
reiss@difu.de

Corinna Altenburg
+49 30 39001-171
altenburg@difu.de

Mit Aktionstagen Menschen vor Ort für den Klimaschutz begeistern

Klimaschutz macht Kommunen lebenswerter. Die ideale Bühne, dies sichtbar zu machen, sind Aktionstage. Wie Kommunen und kommunale Akteur*innen solche Formate organisieren, umsetzen und nachhaltig gestalten können, zeigt ein neues Fokuspapier.



Menschen über den Klimaschutz informieren, sie sensibilisieren und zu eigenem Engagement motivieren: Es gibt viele gute Gründe, einen Aktionstag zu veranstalten. Bundesweit tun das zahlreiche Kommunen bereits seit vielen Jahren und begeistern vor Ort Menschen für das Thema. Doch wie gelingt auch solchen Städten, Gemeinden und Landkreisen der Einstieg, für die das Format neu ist und die noch nicht auf umfassende Erfahrungswerte zurückgreifen können? Was müssen sie wissen, um einen Aktionstag von A bis Z erfolgreich zu organisieren? Wie lassen sich Sponsor*innen gewinnen? Und wie sichern sie sich die Aufmerksamkeit lokaler Medien?

Antworten auf diese Fragen liefert eine neue Publikation des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunalen Klimaschutz (SK:KK): das Fokuspapier „Wie Sie mit Aktionstagen Menschen begeistern“ – mit vielen erprobten Praxistipps.

Im Jahr 2018 hat das SK:KK, das im Auftrag des Bundesumweltministeriums (BMU) am Difu angesiedelt ist, gemeinsam mit 16 Kommunen aus dem gesamten Bundesgebiet zu Aktionstagen in den jeweiligen Regionen eingeladen. Unterstützt wurde das Team durch die Agentur „neues handeln“. Unter dem Motto „Wir können Klimaschutz“

haben die Verantwortlichen vor Ort gezeigt, wie vielfältig das Klimaschutzengagement von der Ostsee bis zur Schweizer Grenze ist.

Damit künftig noch mehr kleine und große Kommunen ihren Bürger*innen zeigen können, was bei ihnen in Sachen Klimaschutz schon alles passiert, liefert das SK:KK in der Publikation das passende Wissen für alle Phasen: von ersten strategischen Überlegungen über die weitere Planung und Durchführung bis hin zur Evaluation der Veranstaltung. Zusätzlich gibt es konkrete Tipps zur Wahl von Zeitpunkt und Veranstaltungsort sowie für eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit. Eine Checkliste hilft, den Aktionstag möglichst nachhaltig zu gestalten.

Neben dem Austausch mit den Bürger*innen stehen der Spaß und das Mitmachen im Zentrum eines guten Aktionstages. Hier hilft das SK:KK zusätzlich zur Broschüre mit einem praktischen Aktionsbaukasten. Dieser enthält verschiedene Mitmachformate und -ideen für alle Altersklassen, etwa ein Klimafrühstück, einen Upcycling-Workshop oder eine Zukunftswerkstatt. So gelingt Kommunen der Sprung zum ersten eigenen Aktionstag fast spielend – zufriedene Besucher*innen inklusive.



www.difu.de/16103



Taina Niederwipper,
M.A.
+49 30 39001-172
niederwipper@difu.de

Wie Kommunen Ressourcen schonen und zugleich das Klima schützen

Difu veröffentlicht neues Themenheft zu kommunalem Klimaschutz und Ressourceneffizienz mit praxisorientierten Textbeiträgen und Exkursen aus Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Zur Schlüsselkompetenz einer zukunftsfähigen Gesellschaft gehört der schonende und effiziente Umgang mit natürlichen Ressourcen, dies sind unter anderem biotische und abiotische Rohstoffe, Fläche, Wasser, Luft und Boden. Vor allem natürliche Rohstoffe sind Produktionsfaktoren und für unsere Wirtschaft essenziell. Jedoch hat sich im Jahr 2017 nach Angaben des United Nations Environment Programme (UNEP) der weltweite Primärmaterialeinsatz seit 1970 auf über 92 Milliarden Tonnen (Mrd. t) mehr als verdreifacht. Zudem gehen ungefähr 50 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen direkt oder indirekt auf die Gewinnung und Verarbeitung von fossilen Brennstoffen, Biomasse, Erzen und Mineralien zurück. Eine Reduzierung des Ressourcenkonsums ist somit in der Regel mit einer Reduktion an klimaschädlichen Emissionen verbunden – und damit ist Ressourcenschutz auch im Sinne des Klimaschutzes.

Kommunen sind wichtige Akteure und können durch die Implikation von Leitlinien und Maßnahmen viele Nachhaltigkeitsthemen berühren und in ihrem Rahmen positiv auf die Entwicklung des Rohstoffkonsums einwirken. Ressourceneffizienz ist – anders als der Klimaschutz – in den meisten Kommunen jedoch noch kein prioritäres Themenfeld. Dennoch setzen kommunale Akteure bereits heute unterschiedliche Projekte und Maßnahmen im Sinne des Ressourcenschutzes um, vor allem sektoral. Hierbei werden Methoden der Effizienz,

Konsistenz und Suffizienz genutzt. Akteure, die einen Einfluss auf die Ressourceninanspruchnahme auf der lokalen und regionalen Ebene besitzen, wirken in ganz unterschiedlichen Bereichen (z.B. Wirtschaftsförderung, Stadtplanung, Beschaffung).

Im Bereich des Ressourcenschutzes nehmen Kommunen ebenso wie im Klimaschutz unterschiedliche Rollen ein, denn sie sind bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen Initiatoren, Koordinatoren, Moderatoren, Umsetzer, Partner, Finanziers, Multiplikatoren, Vernetzer und Begleiter.

Mit der Publikationsreihe „Themenhefte“ greift das Deutsche Institut für Urbanistik Schnittstellen des kommunalen Klimaschutzes zu verschiedenen Handlungsfeldern auf. Darin werden Ziele, Aufgaben und Inhalte des jeweiligen Themenbereichs aufbereitet und konkrete Erfahrungen aus der Praxis unterschiedlicher Kommunen und Institutionen dargestellt. „Klimaschutz & Ressourceneffizienz“ ist die 20. und vorerst letzte Ausgabe der kostenfrei zur Verfügung stehenden Reihe. Bisher sind erschienen: Klimaschutz & ... Kommunikation, Finanzen, Luftreinhaltung, Gebäudesanierung, Gesundheit, Tourismus, ländlicher Raum, erneuerbare Wärme, Fläche, Klimaanpassung, Partizipation, Beschaffung, Soziales, Mobilität, Biodiversität, Unternehmen, Abfallwirtschaft, Abwasserbehandlung und Denkmalschutz.



www.difu.de/publikationen



Dipl.-Ing. (FH)
Maic Verbücheln
+49 30 39001-263
verbuecheln@difu.de

Dipl.-Geogr.
Franziska Wittkötter
+49 221 340308-23
wittkoetter@difu.de



Foto: Maic Verbücheln, Difu

Mehr Förderung für besseres Klima

Förderquoten in Förderprogrammen der NKI für das Jahr 2021 erhöht, Quote einzubringender Eigenmittel gesenkt.

Mehr Förderung für besseres Klima



www.bit.ly/37mbRT7



Beratungshotline SK:KK
+49 30 39001-170
skkk@klimaschutz.de



Damit Kommunen und kommunale Akteur*innen auch in der Krise notwendige Zukunftsinvestitionen tätigen und den Klimaschutz voranbringen können, fließen im Rahmen des Corona-Konjunkturpakets der Bundesregierung zusätzliche 100 Millionen Euro in die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesumweltministeriums (BMU).

Mit den Mitteln wurden die Förderquoten der Kommunalrichtlinie sowie der Förderaufrufe „Klimaschutz durch Radverkehr“ und „Kommunale Klimaschutz-Modellprojekte“ erhöht. Gleichzeitig wurde die Quote einzubringender Eigenmittel gesenkt. Für finanzschwache Kommunen ist so erstmals eine Vollfinanzierung ausgewählter Klimaschutzmaßnahmen möglich. Dazu gehören im Rahmen der Kommunalrichtlinie das Erstvorhaben Klimaschutzkonzepte und Klimaschutzmanagement oder eine Fokusberatung.

Als finanzschwach gelten solche Kommunen, die an einem landesrechtlichen Hilfs- oder Haushaltssicherungsprogramm teilnehmen oder denen die Finanzschwäche durch die Kommunalaufsicht bescheinigt wird. Die verbesserten Förderbedingungen gelten für alle Anträge und Projektskizzen, die zwischen dem 1. August 2020 und dem 31. Dezember 2021 eingereicht werden.

Damit kommunale Akteur*innen die zusätzlichen Gelder bald investieren können, hat das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK), das im Auftrag des BMU am Difu angesiedelt ist, sein Beratungsangebot ausgebaut. In Kooperation mit dem Projektträger Jülich bietet es wöchentliche Online-Sprechstunden für Antragstellende an. Erstantragstellende begleiten Antragspaten des PtJ durch den Antragsprozess.

Klimagerechte Infrastrukturen

Beiträge zur klimagerechten Gestaltung von Städten: Wissenstransfer in die kommunale Praxis.



Hitze, Starkregen oder Überflutungen und Trockenheit machen Städten und ihren Bewohner*innen zunehmend zu schaffen. Um mit den Folgen des Klimawandels in Städten umzugehen, sind Lösungen einer vernetzten Stadt- und Infrastrukturplanung notwendig. Diese sollten nicht nur technische Lösungen im Wasserbereich berücksichtigen, sondern auch das Potenzial blauer und grüner Infrastrukturen (z. B. Wasserflächen, Dachbegrünung, Parks) nutzen. (Wasser-)Infrastrukturen besitzen eine zentrale Funktion bei der Gestaltung und Transformation urbaner Räume.

Ziel der laufenden Arbeiten von netWORKS 4 ist es, in einer vorherigen Projektphase entwickelte Optionen zur Kopplung von blauer, grüner und grauer Infrastruktur und ihre Beiträge zur Erhöhung der Klimagerechtigkeit durch einen transdisziplinären Wissensaustausch und -transfer in die kommunale Praxis in Deutschland zu überführen. Der Transfer zielt auf die Verbreitung der Ergebnisse über die beiden Transformationsräume in Berlin und Norderstedt hinaus. Weitere deutsche Kommunen sollen von den gemachten Erfahrungen profitieren. Dazu werden „Infokarten“ zu blauen, grünen und grauen Infrastrukturbausteinen für den Einsatz in partizipativen Planungsprozessen weiterentwickelt. Die Suche nach geeigneten Kooperationsmodellen für gekoppelte Infrastrukturen soll zudem den dauerhaft funktionsfähigen Betrieb sicherstellen und im Rahmen der Planungsphase Unsicherheiten abbauen.

netWORKS 4 wird im Rahmen des BMBF-Programms „Forschung für nachhaltige Entwicklungen (FONA)“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Klimagerechte Infrastrukturen



www.difu.de/15710



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Dr. Christian Stein
+49 30 39001-207
cstein@difu.de

Wie nutzen Kommunen 5G?

Das Difu erfasst Chancen und Herausforderungen bei der Erprobung kommunaler 5G-Anwendungen.

Wie nutzen Kommunen 5G?

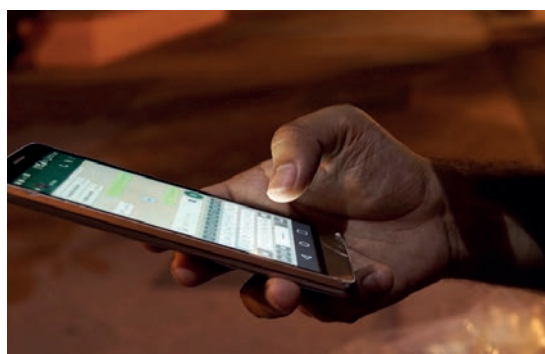


www.difu.de/16141



Katharina Lange
+49 30 39001-145
lange@difu.de

Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de



Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren zahlreiche Förderprogramme initiiert, die Kommunen, Landkreise und Regionen dabei unterstützen sollen, digitale Infrastrukturen auszubauen und innovative Technologien vor Ort zu erproben. Im vergangenen Jahr hinzugekommen sind Förderprogramme für das Erproben von 5G-Anwendungen im lokalen bzw. regionalen Kontext.

Bislang gibt es allerdings noch keine systematische bundesweite Übersicht über Anwendungsfelder von 5G- und Digitalisierungsprojekten, die sowohl thematische Schwerpunkte als auch mögliche Synergien und Nutzen der einzelnen Förderprojekte bewertet. Eine systematische Erfassung von Infrastrukturausbauprojekten sowie damit verbundenen kommunalen Partizipationsprozessen und der Kommunikation des gesellschaftlichen Nutzens kann helfen, den Mobilfunkausbau vor Ort zu befördern. Auch ein Abgleich der Barrieren und Potenziale neuer Technologien stellt hierfür für Kommunen eine wichtige Grundlage dar.

Im Auftrag der Deutschen Telekom erstellt das Difu einen Überblick über kommunale Herausforderungen bei der Anwendung des neuen Mobilfunkstandards 5G. Dokumentiert und analysiert werden aktuelle Aktivitäten von Kommunen im Rahmen laufender oder kommender Förderprojekte. Im Fokus der Analyse stehen sowohl Chancen und Nutzen als auch Risiken und Hemmnisse verschiedener 5G-Anwendungsfelder. Zudem sollen die Nutzenkommunikation sowie Ansätze zur lokalen Akzeptanzförderung für die Mobilfunktechnik mit Schwerpunkt 5G innerhalb der Förderprojekte erfasst werden.

Konfliktherd
E-Tretroller



www.difu.de/15753
www.bit.ly/3n59byB



Dipl.-Geogr.
Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Konfliktherd E-Tretroller

Bestandteil der Verkehrswende oder Spaßmobile? Das Difu begleitet die Einführung der neuen Mobilitätsangebote.



Für die einen sind E-Tretroller ein wichtiger Baustein der Verkehrswende, für andere sind sie Spaßmobile oder gefährliche Stolperfallen. Insbesondere in den größeren Innenstädten sind sie Teil des Stadt- und Straßenbildes geworden – mit vielen Herausforderungen für andere Verkehrsteilnehmende. In vielen deutschen Städten gibt es seit Juni 2019 erste Erfahrungen mit E-Tretrollern, die von Start-up-Verleihfirmen zur Ausleihe per App angeboten werden.

Das Projekt soll helfen, ein geregeltes Miteinander verschiedener Verkehrsmittel zu ermöglichen und das Ausrollen der neuen Mobilitätsangebote, wie bspw. von E-Tretroller, im Hinblick auf gute Bedingungen für den Rad- und Fußverkehr zu begleiten. Die Erfahrungen aus Pionierstädten im Ausland sowie mit stationslosen Leihradssystemen zeigen, dass die Gestaltung der Einführung neuer Angebote sowie eine gute Kenntnis der Wechselwirkungen die Konfliktpotenziale innerhalb des Umweltverbundes minimieren können. Der räumliche Fokus liegt auf urbanen Straßenräumen in Großstädten.

Im Fokus stehen direkte und indirekte Konfliktpotenziale zwischen aktiver Mobilität (Fuß- und Radverkehr) und elektrischer Mikromobilität. Darüber hinaus sind verkehrliche Wirkungen der neuen Angebote zu klären und darauf aufbauend Empfehlungen zu geeigneten planerischen, kommunikativen und ordnungspolitischen Regulierungsinstrumenten abzuleiten. Das Projekt wird gemeinsam mit zwei Instituten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR), dem Institut für Verkehrsforschung sowie dem Institut für Verkehrssystemtechnik, bearbeitet und vom Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur gefördert.

Region ist Solidarität

Die Stadt München will zusammen mit den Landkreisen Dachau und Ebersberg das Kooperationsklima in der Region stärken.

Region ist Solidarität

➔ www.difu.de/15759



Dr. rer. pol.
Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de



Rechtliche und planerische Instrumente der interkommunalen Kooperation sowie zum Ausgleich der Lasten und Nutzen von Wachstum und Entwicklung zwischen Kommunen sind ausreichend vorhanden. Angewendet werden sie aber nur punktuell. Interkommunale Kooperation wird vor Ort oft nachrangig betrachtet. Entsprechend ist auch in der Region München die Zahl interkommunaler Aktivitäten überschaubar, sodass trotz der prosperierenden Entwicklung in der Region nicht jede Kommune gleichermaßen von Wachstum und Veränderung profitiert.

Das Projekt, im Auftrag der Stadt München, unterstützt durch die Landkreise Dachau und Ebersberg, setzt an dieser Stelle an. Ziel ist es, ausgewählte Ansätze interkommunaler Kooperation in der Region zu erproben und weiterzuentwickeln. Unterstützt durch wissenschaftliche Inputs, externe Moderation und Referenzregionen werden in Pilotprojekten interkommunale Ansätze entwickelt, Methoden des Nutzen-Ausgleichs erprobt und Grundsteine für dauerhafte Formen der Kooperation gelegt. Unter dem Dach des Projekts kommen zudem kommunale und regionale Akteure zusammen, um Erfahrungen aus interkommunalen Kooperationen zu reflektieren, Impulse für weitere Kooperationen abzuleiten und das Kooperationsklima in der Region zu stärken.

Das Difu übernimmt die wissenschaftliche Konzeption, Begleitung und Auswertung der Pilotprojekte sowie ihre Einbettung in den aktuellen Stand von Wissenschaft und Praxis. Es ist zuständig für Kommunikation und Wissenstransfer und die Koordination, Organisation und Dokumentation des Prozesses. Kooperationspartner des Difu ist die stattbau münchen GmbH.

Mobilität beginnt an der Haustür

Das Difu untersucht die Wechselwirkungen zwischen Mobilitätsverhalten und Wohnstandorten.



Kommunen stehen vor der Herausforderung, städtische und regionale Mobilität zukunftsfähig zu gestalten. Dabei stehen dem steigenden Bewusstsein für einen notwendigen Mobilitätswandel gleichzeitig steigende Kfz-Zulassungszahlen gegenüber. Bezogen auf die Alltagsmobilität der Bevölkerung, ist die Entwicklung des Verkehrs eng mit stadtstrukturellen Gegebenheiten und den individuellen Wohnstandortentscheidungen verknüpft. Mittels quartiersbezogener Mobilitätskonzepte und verkehrssparender Quartiers- bzw. Siedlungsstrukturen versuchen Kommunen hier steuernd einzugreifen. Wie solche Ansätze tatsächlich auf das Mobilitätsverhalten wirken und inwieweit sie übertragbar sind, ist allerdings offen.

Gemeinsam mit der TU Dortmund untersucht das Difu im BMBF-geförderten Projekt STAWAL Zusammenhänge zwischen Wohnstandortwahl, Stadtstruktur und Mobilitätsverhalten. Ziel des Projektes ist es, strategisches und unmittelbar verwertbares Wissen zu den Verkehrsauswirkungen von Stadtentwicklung und Wohnstandortwahl, den Mobilitätsanforderungen von Haushalten und einer integrierten, flächensparenden und klimafreundlichen Stadt- und Verkehrsentwicklung zu entwickeln.

Zwei Fragen stehen dabei im Zentrum der Untersuchungen:

Wie beeinflussen räumliche Strukturen und Mobilitätsangebote am Wohnort die Alltagsmobilität? Welche Mobilitätsbedarfe, -anforderungen und -wünsche prägen umgekehrt die Wohnstandortwahl? Kernbestandteile sind jeweils quantitative und qualitative Befragungen von Haushalten vor und nach einem Umzug. Die Untersuchungen werden in Berlin, München und dem Ruhrgebiet durchgeführt.

Mobilität beginnt an der Haustür



➔ www.difu.de/16060



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Thomas Stein, M.A.
+49 30 39001-181
stein@difu.de





Difu-Fortbildung

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat sein Angebot angepasst und setzt neue Online-Formate ein.

Die Corona-Pandemie stellt uns alle täglich vor gewaltige Herausforderungen – und die Entwicklungen sind schwer vorhersehbar. In unseren Veranstaltungen ist der Erfahrungsaustausch ein wichtiger und wertvoller Bestandteil. Seminarteilnehmer*innen schätzen diesen offenen und persönlichen Austausch sehr und wir hätten sie gerne zu Präsenzveranstaltungen begrüßt.

Als Veranstalter tragen wir eine besondere Verantwortung. Aufgrund steigender Infektionszahlen möchten und müssen wir dazu beitragen, das Ausbreitungsgeschehen zu bremsen. Trotz aller Ungewissheit sind wir mit unserem Fortbildungsangebot weiterhin für Sie präsent und bieten unsere Difu-Seminare zunächst bis Ende März online an. Für jeden geplanten Termin prüfen wir individuell, ob eine Umwandlung in ein Online-Format gut gelingen kann und ob wir unsere hohen Qualitätsstandards beibehalten können.

Selbstverständlich informieren wir bereits angemeldete Teilnehmer*innen bei Veränderungen, sollten Sie sich bereits für ein Difu-Seminar angemeldet haben.

1. Halbjahr 2021 (Auswahl)

Klimaschutz vor Ort in Corona-Zeiten: beschleunigt oder ausgebremst?

Difu Online-Dialog

20. Januar 2021

➔ www.difu.de/16112

Was geht? Strategien, Handlungsspielraum und Inspiration für mehr Fußverkehr

Difu-WebSeminar

25.–26. Januar 2021, online

➔ www.difu.de/16114

Zukunftsimpulse – Kreative Methoden und Prozesse in der Stadtentwicklung

Difu-WebSeminar

28.–29. Januar 2021, online

➔ www.difu.de/13119

Bauland mobilisieren – Strategien und Instrumente für mehr Wohnungsbau

Veranstaltungsreihe Difu und vhw

22.–23. Februar 2021 in Leipzig

➔ www.difu.de/15657

Eine Stadt für alle! Inklusiv, vernetzt und barrierefrei

Difu-WebSeminar

23. Februar 2021, online

➔ www.difu.de/13113

Elektromobilität im Stadtverkehr – Strategien und Erfahrungen in den Kommunen

Difu-WebSeminar

25.–26. Februar 2021, online

➔ www.difu.de/13125

Ganztags in der Schule – Qualitäten, Finanzierung, rechtliche Aspekte *

Difu-Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag

1.–2. März 2021 in Berlin

➔ www.difu.de/13111

Investitionsoffensive im ÖPNV – Schlüssel für die Verkehrswende

Difu-WebSeminar

3.–5. März 2021, online

➔ www.difu.de/15685

Gemeinsam handeln für urbane Sicherheit! Bürgerbeteiligung als Erfolgsfaktor

Difu-WebSeminar in Kooperation mit dem DEFUS

18.–19. März 2021, online

➔ www.difu.de/13128

Stadt im Dialog gestalten! Erfahrungsaustausch zur Beteiligungskultur

Difu-WebSeminar

23.–24. März 2021, online

➔ www.difu.de/12780

Verkehrspolitisch umsteuern! Kommunale Handlungsoptionen durch Innovationen *

Difu-Seminar

25.–26. März 2021 in Berlin

➔ www.difu.de/15686

Altersarmut in Städten – Kommunale Handlungsmöglichkeiten

Difu-Seminar

15.–16. April 2021 in Berlin

➔ www.difu.de/13115

Bauen in lärmvorbelasteten Lagen – Quadratur des Kreises?

Difu-Seminar

19.–20. April 2021 in Berlin

➔ www.difu.de/12790

Lastenrad und Wirtschaftsverkehr

Projekt Fahrradakademie

20.–21. April 2021 in Hannover

➔ www.difu.de/15989

Beteiligung bei kommunalen Verkehrsprojekten – Anforderungen und Erfahrungen

Difu-Seminar

22.–23. April 2021 in Berlin

➔ www.difu.de/12787

** Für diese Veranstaltungen prüfen wir die Umwandlung in ein Online-Format.*

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Im Rahmen seiner öffentlichen Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ bietet das Difu Online-Dialoge zu aktuellen kommunal relevanten Themen an. Darüber hinaus sind weiterhin fachbezogene Veranstaltungen verschiedener Projekte im Programm:

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

➔ www.difu.de/programm

Dialogforum Jugendhilfe

➔ www.jugendhilfe-inklusiv.de

Fahrradakademie

➔ www.fahrradakademie.de

Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz

➔ www.klimaschutz.de/veranstaltungen

Details, Einzelprogramme und Online-Anmeldung stets aktuell auf der Difu-Website:

➔ www.difu.de/programm

Zehn Preisträger beim Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2020“

Je 25.000 Euro Preisgeld gehen an die Städte Aalen, Bremerhaven, Dresden, Geisa, München, Osnabrück sowie an den Main-Taunus-Kreis, den Rems-Murr-Kreis, den Kreis Steinfurt und den Landkreis St. Wendel



Kommunen tragen wirkungsvoll zum Klimaschutz und zur Anpassung an Klimawandelfolgen bei. Wie unterschiedlich die Wege dorthin sind, zeigen die diesjährigen Preisträger des bundesweiten Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune“, der vom Bundesumweltministerium und dem Difu ausgezeichnet wird. Kooperationspartner sind die kommunalen Spitzenverbände. Auf die persönliche Übergabe der Auszeichnung – wie in den vergangenen Jahren im Rahmen der Kommunalen Klimakonferenz – musste pandemiebedingt leider verzichtet werden. Doch die Veranstalter gratulierten umso herzlicher auf virtuellem Wege in einem Film, der jederzeit einsehbar ist.

Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, verwies auf aktuelle Angebote für die Kommunen: „Die Corona-Pandemie belastet vor allem die Kommunen in Deutschland stark. Um in dieser Zeit eine Unterstützung zu leisten, hat das Bundesumweltministerium im Zuge des Konjunkturprogramms der Bundesregierung die Förderung des kommunalen Klimaschutzes noch einmal verbessert. Im Rahmen unserer Nationalen Klimaschutzinitiative, mit der wir engagierte Kommunen in ganz Deutschland fördern, konnten wir die Förderquoten erhöhen. Das Konjunkturprogramm wird in Kommunen als Beschleuniger für einen nachhaltigen und klimafreundlichen Weg in die Zukunft dienen. Konkrete Beispiele dafür, wie dieser Weg beschritten werden kann, zeigen die Gewinner im diesjährigen Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“.“

Professor Dr. Carsten Kühl, Institutsleiter des Difu, unterstrich: „Die ausgezeichneten Projekte zeigen wieder, wie vielfältig Klimaschutz in Kommunen umgesetzt wird und wie engagiert sich viele Menschen vor Ort für das Thema einsetzen. Sie leisten einen sehr wichtigen Beitrag und Sie sind exzellente Vorbilder und Impulsgeber. Bitte machen Sie weiter so.“

In der Kategorie „Ressourcen- und Energieeffizienz in der Kommune“ setzten sich durch: die Stadt Aalen mit dem „Null-Energie-Neubau am Schubart-Gymnasium“, der Main-Taunus-Kreis mit dem „Strombilanzkreismodell“ und die Stadt Geisa mit ihrem Projekt „Klimafreundliche Nahwärmeversorgung in einer denkmalgeschützten Altstadt“. Die Gewinner in der Kategorie „Klimaanpassung in der Kommune“ sind: die Landeshauptstadt Dresden mit ihrer „Selbstverpflichtung zur Klimaanpassung bei kommunalen Hochbauvorhaben“, der Landkreis St. Wendel für sein Projekt „Probeanbau der Energiepflanze ‚Durchwachsene Silphie‘“ und die Stadt Osnabrück für ihre „Gründachstrategie zur Klimafolgenanpassung“. In der Kategorie „Kommunale Klimaaktivitäten zum Mitmachen“ wurden ausgezeichnet: die Landeshauptstadt München mit ihrer Kampagne „München Cool City“, der Rems-Murr-Kreis mit seinem Förderprogramm „Agenda 2030 – Projekte für eine nachhaltige Entwicklung mit Bezug zum Klimaschutz“ und der Kreis Steinfurt mit seiner Kampagne „Klimaschutzbürger 2.0“. Der Sonderpreis „Kommune und Jugend gemeinsam klimaaktiv“ ging an die Stadt Bremerhaven für ihren Jugendklimarat.



Der Konferenzfilm mit Preisverleihung:
www.bit.ly/2UHIKn6

Kurzfilme über die Preisträger
www.bit.ly/3430D3U



Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Ulrike Vorwerk, M.A.
+49 221 340308-17
vorwerk@difu.de

Kommunen bereiten Weg für Fahrradinfrastruktur der Zukunft

665 Mobilitätsfachleute trafen sich auf Einladung der Hansestadt Bremen und des Difu am 10. November 2020 zur Fahrradkommunalkonferenz. Die Konferenz fand zum ersten Mal digital statt – und erreichte mehr Radverkehrsverantwortliche denn je.

Unter dem Titel „Radverkehr zwischen Rückenwind und Flächenstreit. Was bleibt vom Hype?“ ging es um die Frage, ob die aktuelle verkehrspolitische Aufbruchsstimmung in deutschen Kommunen von Dauer sein wird. Im Fokus stand die Überlegung, welche Lehren aus der Pandemie für den Verkehr der Zukunft gezogen werden können.

Gesprächsforen fanden in diesem Jahr zu den Themen kommunale Handlungsfähigkeit, Gestaltung von Fahrradstraßen und Finanzierung neuer Radinfrastruktur statt. In Vorträgen und Gesprächsforen ging es u.a. um die Frage, wie die Gemeinden das neue „Sonderprogramm Stadt und Land“ nutzen können, wie sie Eigenanteile erbringen und Vorhaben zügig umsetzen können.

Auch beim zuletzt öffentlichkeitswirksamen Thema „Pop-Up-Radwege“ zeigte sich, dass Mut und Zuversicht für alle Beteiligten die wichtigsten Voraussetzungen sein werden. Mut zu innovativen Maßnahmen auf dem Weg zur menschengerechten Stadt machte der Groninger Stadtrat Benni Leemhuis: „Es ist möglich: Planen und Durchhalten! Ja, deutsche Gemeinden können das auch.“ Die Umsetzung von Vision Zero – Null Tote im Straßenverkehr – bedarf aber eines konsequenten Paradigmenwechsels in der Verkehrssicherheit, wie Ute Hammer, Geschäftsführerin des Deutschen Verkehrssicherheitsrats, argumentierte.

Enak Ferlemann, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, attestierte, dass die neuen Entwicklungen im Radverkehr Dauerzustand sind, kein Hype. „Das Radverkehrsaufkommen hat während der Corona-Pandemie zugenommen und gewinnt immer mehr an Bedeutung. Wir wollen den Radverkehr weiter stärken. Die Basis dafür ist eine sichere und nachhaltige Radverkehrsinfrastruktur“, sagte er auf der Tagung.

Gastgeberin Dr. Maike Schaefer, Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau der Freien Hansestadt Bremen stellt fest: „Die Pandemie hat einmal mehr gezeigt, dass ‚Fahrradstädte‘ einfach krisenfester sind“ und verweist dabei auf Erfahrungen aus der Benzinpreiskrise und der Debatte um Dieselfahrverbote.



Foto: qimby, Philipp Böhme

Tilman Bracher, Leiter des Forschungsbereichs Mobilität am Difu, sagt: „Die Kommunen müssen nun auch auf Hauptverkehrsstraßen ausreichend Platz für Radwege sowie sichere Kreuzungen schaffen. Es gilt, die notwendigen Personal- und Finanzressourcen bereitzustellen, damit die Finanzspritzen des Bundes genutzt werden können.“

Katalyn Saary vom Verband Fuss e.V. verwies auf die Probleme in ländlichen Räumen: „Je kleiner die Kommune, desto dicker das Brett, das gebohrt werden muss.“

Die Konferenz benannte, dass die Zutaten für Radverkehrsstärkung Mut und Zuversicht sowie mehr Entscheidungsfreiheit für die Kommunen sind.

Die 14. Fahrradkommunalkonferenz war die erste, die digital durchgeführt wurde. Mit 665 Fachleuten aus Kommunen, Regionen und Landesbehörden erlangte sie einen neuen Teilnahmerecord. All den Einschränkungen zum Trotz demonstriert das eindrucksvoll, wie digitale Formate Menschen Zugang zu Informationen und Netzwerken verschaffen können, die sonst nicht über die nötigen Ressourcen zur Teilnahme an Präsenzveranstaltungen verfügen.

Das Difu richtete die Konferenz in Zusammenarbeit mit der Freien Hansestadt Bremen aus, wo die Veranstaltung ursprünglich stattfinden sollte. Mitgastgeber waren die kommunalen Spitzenverbände. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) finanzierte die Tagung. Die 15. Fahrradkommunalkonferenz soll am 22. und 23. November 2021 voraussichtlich vor Ort in Bremen stattfinden.



www.nrvp.de/21819

Aufzeichnung auf YouTube:
www.bit.ly/2UCDNKZ



Dagmar Köhler
+49 30 39001-108
koehler@difu.de

Strategisches Wissen in der Verkehrsplanung

Erfolgreiche und bewährte Handlungsstrategien in der Verkehrsplanung: Im Difu-Seminar ging es um die Optimierung der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen externen Planungsebenen.

Bei der Umsetzung von Verkehrsvorhaben müssen oft Abstimmungen zwischen verschiedenen Planungsträgern erfolgen – zwischen der Kommunen, umliegenden Landkreisen, der Deutschen Bahn, Bund und Ländern. Ziel eines Difu-Seminars im September in Köln im Rahmen der Reihe „Strategisches Wissen in der Verkehrsplanung“ war daher die Vermittlung von erfolgreichen und bewährten Handlungsstrategien in der Verkehrsplanung bei strategischen Fragen in Projekten mit anderen Baulastträgern und Gebietskörperschaften.

Die Frage der Zuständigkeiten der Verkehrsplanung zwischen und innerhalb administrativer Ebenen sind eigentlich durch Föderalismus und Subsidiarität geklärt. Trotzdem entstehen Interessenkonflikte und auch Kompetenzstreitigkeiten bei komplexen Verkehrsvorhaben. Kommunen wie auch Bund und Länder haben nicht immer einheitliche Interessen. Das Finden von Kompromissen ist im föderalen System erforderlich.



Für solche Verkehrsvorhaben ist es wichtig, vorab zu klären, wer alles Baulastträger ist. Außerdem sollte klar sein, wer zu beteiligen ist. Am Anfang muss der Verfahrensführer geklärt sein. Bei gemischten Baulasten sollte die Kommune das Verfahren steuern, falls von großem kommunalem Interesse: „Die Stadtverwaltung als Bündelungsbehörde“. Die Teilnehmenden des

Seminars wünschten sich eine Zusammenfassung der Kompetenzen bei solchen komplizierten Vorhaben in einer „One-stop-agency“: Eine Verkehrsverwaltung als Anlaufpunkt. Umgesetzt werden könnte die Zusammenarbeit z.B. durch Antragskonferenz oder mittels einer Verwaltungsvereinbarung zwischen den beteiligten Baulastträgern. Dabei sollte die Kommune mit einer Stimme sprechen. Am besten übernimmt die Stadtspitze (bzw. ihr Stab) dies bei großen gemischten Baulasten für die Kommune. Ebenfalls sehr unübersichtlich ist mittlerweile die Förderlandschaft für Verkehrsvorhaben.

Kontrovers wurde diskutiert, mit welchen rechtlichen Planungsinstrumenten die Interessen der Kommune am besten umzusetzen sind. Bei einem Planfeststellungsverfahren (PFV) ist entsprechend landesrechtlicher Ausführungsbestimmungen die Planfeststellungsbehörde meist nicht die Kommune, sondern die Bezirksregierung, das Regierungspräsidium oder das Landesverwaltungsamt. Bei einem Bebauungsplan steuert die Kommune das Verfahren. Gegenstand eines B-Plan muss jedoch eine komplexe städtebauliche Aufgabe sein. Das ist meist auch sinnvoll, weil Verkehrsprojekte oft auch umfassender zur „Stadtreparatur“ genutzt werden. Nur für ein Straßenbauvorhaben ist ein B-Plan juristisch meist konfliktträchtig. Ein B-Plan sollte besser für ein ganzes Gebiet inkl. der Straße aufgelegt werden. Ansonsten ist doch ein PFV durchzuführen. Sehr gut gelungen war die Öffentlichkeitsbeteiligung beim Umbau der Friedrich-Ebert-Straße in Kassel. Dort wurde nicht nur umfassend informiert, sondern auch aktiv mit örtlichen Vereinen und Anwohnerinitiativen kooperiert. Neben vielen Mitwirkungsveranstaltungen gab es Events im Bereich, um anschaulich über die Umsetzung zu informieren. Wichtig ist es, bei Beteiligungsverfahren darauf zu achten, dass tatsächlich betroffene Zielgruppen einbezogen werden. Die Seminarteilnehmer*innen waren sich einig, dass eine gute Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiges Erfolgskriterium für die Akzeptanz ist.

Eventuell wird die Seminarreihe 2021 mit einem Seminar zur Zusammenarbeit innerhalb der Kommune, d.h. mit anderen Verwaltungen, der Bürgerschaft oder den Medien fortgesetzt.



www.difu.de/15809



Dr.-Ing.
Wulf-Holger Arndt
+49 30 39001-252
arndt@difu.de



Robert Böhnke

ist seit September 2020 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Team Ressourcen und Immissionsschutz des Forschungsbereichs Umwelt am Standort Berlin tätig. Dort arbeitet er in Projekten zum Flächensparen und zur Kreislaufwirtschaft. Er studierte Geographie und Politikwissenschaften in Leipzig und Utrecht und sammelte berufliche Erfahrungen in verschiedenen Projekten zur Stadtentwicklung auf lokaler Ebene. Zuletzt arbeitete Robert Böhnke als wissenschaftlicher Referent für den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE). Dort war er für das Thema nachhaltige Stadtentwicklung zuständig.

Kaj Fischer

unterstützt seit Oktober 2020 den Forschungsbereich Umwelt im Themenbereich des kommunalen Klimaschutzes. Er verstärkt dort das Team des „Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz“ am Standort Berlin. Bereits während seines Master-Studiums in Urban Development an der Universität Rotterdam gründete er die Plattform Urbego.org mit, um junge Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis urbaner Raumplanung in Austausch zu bringen. In der Politik- und Nachhaltigkeitsberatung adelphi hat er anschließend u.a. den Aufbau und die strategische Ausrichtung des Fachbereichs Urban Transformation gestaltet. Als „On Purpose Fellow“ hat er für die nebenan.de-Stiftung den „Tag der Nachbarn 2018“ konzipiert und betreut. Seit 2019 widmet er sich als Mitgründer von Positive Products und dem CarbonRoundtable e.V. dem Thema CarbonTech und CO₂-Recycling.

Luisa Sophie Müller

verstärkt als Volontärin seit September 2020 die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Difu, nachdem sie dort seit 2016 als studentische Hilfskraft tätig war. Luisa Müller hat Deutsche Philologie und Geschichte im Bachelor sowie Neuere Deutsche Literatur im Master an der Freien Universität Berlin studiert. Weitere praktische Erfahrung sammelte sie in einem Berliner Verlag. Im Rahmen des Volontariats durchläuft sie verschiedene interne und externe Stationen: Dazu zählen der Besuch einer Journalistenschule und das Sammeln weiterer praktischer Erfahrungen in Medien bzw. einer kommunalen Pressestelle. Im Difu unterstützt sie u.a. die Pressearbeit und ist redaktionell für verschiedene Online- und Printformate tätig.

Christian Stein

arbeitet seit Juni 2020 im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen im Team Infrastruktur und Sicherheit. Am Difu ist er für das Projekt „Resiliente networks: Beiträge von städtischen Versorgungssystemen zur Klimagerechtigkeit“ tätig. Christian Stein studierte Wirtschaftsingenieurwesen mit dem Schwerpunkt Umweltmanagement in Berlin. Nach dem Masterstudium in „Ecosystems, Governance and Globalisation“ in Stockholm arbeitete er für das Stockholm Environment Institute und promovierte berufsbegleitend am Institut für Umweltsystemforschung in Osnabrück. Zuletzt arbeitete er selbstständig für verschiedene internationale Organisationen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Governance natürlicher Ressourcen und Anpassung an den Klimawandel.

Ulrike Wolf

leitet seit dem 1. November den Bereich Fortbildung in Nachfolge für Luise Adrian, die im Juli 2020 die kaufmännische Leitung am Difu übernahm. Nach fünf Jahren als wissenschaftliche Referentin der Institutsleitung ist Ulrike Wolf sehr vertraut mit den internen Strukturen, der gesamten Bandbreite der Difu-Forschungsthemen und nicht zuletzt mit dem besonderen Auftrag gegenüber Kommunen und Zuwendern. Sie leitet die von ihr bereits gleich zu Beginn der Corona-Pandemie initiierte „Task-Force Webinare“, die den Weiterbetrieb des Veranstaltungs- und Fortbildungsbetriebs des Difu sicherstellt. Vor ihrer Zeit am Difu war sie in der kommunalen Praxis und auch in Lehre und Forschung im Bereich Stadt- und Wirtschaftsgeographie tätig und hat eine Vielzahl unterschiedlicher Fortbildungs- und Veranstaltungsformate mitverantwortet.

Oksana Zakhariya

arbeitet seit Juni 2020 als Referentin für Drittmittelmanagement im Difu am Standort Berlin. Sie absolvierte ein Studium der Politikwissenschaft (B.A., M.A.) an der Freien Universität Berlin und sammelte während ihres Studiums Erfahrungen in der Verwaltung von Drittmittelprojekten an der Beuth Hochschule für Technik Berlin, wo sie an der Entwicklung und Umsetzung von Drittmittelprojekten des DAAD und der Europäischen Union inhaltlich und organisatorisch mitwirkte. Im Rahmen dieser Projekte war sie an der Planung von Projektaktivitäten, Veranstaltungsorganisation, Berichterstattung und finanztechnischer Abwicklung von Projektmaßnahmen beteiligt.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Robert Böhnke (Foto: Vera Gutofski), Kaj Fischer (Foto: privat), Luisa Sophie Müller (Foto: David Ausserhofer), Christian Stein (Foto: Vera Gutofski), Ulrike Wolf (Foto: David Ausserhofer), Oksana Zakhariya (Foto: Vera Gutofski).



Visionärer Blick auf die Zukunft der Städte im Futurium Berlin

Das Futurium in Berlin zeigt auf YouTube ein digitales Stadtfestival. Unter dem Titel „Urbane Welten TV“ werden vom 15.-18.12. Sendungen zu verschiedenen Schwerpunkten gezeigt: Urbane Welten, Sicherheit, Wohlbefinden und Klimawandel. Difu-Wissenschaftler Jan Trapp spricht unter dem Label „Think global, transform local? Städte im Klimawandel“ über die Potenziale von vernetzten Strukturen für Klimagerechtigkeit in der Stadt. Die Sendung steht ab dem 18.12. auf dem YouTube-Kanal des Futuriums bereit.

➔ www.bit.ly/2H7YTxD

Fahrplan aus der Krise – Podcast "Managerkreis Impulse" der FES

Im Podcast „Managerkreis Impulse“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) erläutert Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl Schlüsselpunkte des Policy Papers „Fahrplan aus der Krise“ des FES-Managerkreises. Er verdeutlicht, warum der Weg aus der aktuellen Krise kein eisernes Sparen sein kann. Stattdessen gilt es, weiterhin Zukunftsinvestitionen zu tätigen, um Belastungen nicht auf künftige Generationen abzuwälzen. Der Podcast mit weiteren Impulsen und Argumenten kann online nachgehört werden.

➔ www.bit.ly/33X58wO

Difu beim Städtetag 2020 des Österreichischen Städtebunds

Difu-Wissenschaftler Dr. Henrik Scheller hat am 12.11. beim "Städtetag 2020 des Österreichischen Städtebunds" einen Input zum Thema „Koproductive Finanzierung von Infrastruktur und Daseinsvorsorge“ gegeben. In dem Workshop ging es vorrangig darum, Praxisbeispiele zur Finanzierung und Organisation der kommunalen Daseinsvorsorge – wie Genossenschaften, Crowdfunding und Gemeindekooperationen – vorzustellen.

➔ www.bit.ly/3pA7nzh

Infrastrukturatlas der Böll-Stiftung mit Difu-Beiträgen erschienen

Der Infrastrukturatlas der Heinrich-Böll-Stiftung illustriert Infrastrukturen als Querschnitt gesellschaftlichen Lebens und Arbeitens. Difu-Wissenschaftler Jens Libbe ist mit einem Beitrag

zur Bedeutung von Strom- und Wassernetzen vertreten. Zum Beitrag der Difu-Wissenschaftlerin Stephanie Bock – über Bürger*innenbeteiligung im Rahmen von Infrastrukturprojekten – gibt es außerdem einen begleitenden Podcast mit Input der Autor*innen.

➔ www.bit.ly/2K7mmk4

Dialog zur Rolle der Energie in der Stadt der Zukunft

Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl nahm am 5.11.2020 am Energie-Dialog 2020 teil, der u.a. vom Helmholtz Zentrum Berlin veranstaltet wurde. In dem Panel „Die Rolle von Green Energy in der Stadt der Zukunft“ hob Kühl in der Diskussion die Rolle von Kommunen hervor: Individuelle Klimaschutzpotenziale vor Ort können vor allem die Kommunen selbst identifizieren. Der Energie-Dialog bringt Vertreter*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammen. Die Ergebnisse der Konferenz sind in einem Thesenpapier festgehalten.

➔ www.bit.ly/3nviDY1

Digitale Stadtentwicklung in Krisenzeiten

Am 4.11. fand die virtuelle Konferenz „Digital Society – Smart City“ unter dem Titel „Antriebsfeder Lockdown – Vorwärtsschub der Stadtentwicklung in Krisenzeiten“ statt. Difu-Wissenschaftler Jens Libbe nahm an der Podiumsdiskussion zur Frage „Lebenswert, nachhaltig, krisenfest: Wie muss die Stadt und der urbane Raum der Zukunft gestaltet werden?“ teil. Im Austausch mit anderen Vertreter*innen aus Forschung, Wirtschaft und städtischer Praxis wurden die Auswirkungen der Pandemie auf die Zukunft der digitalen Stadtentwicklung beleuchtet. Die Veranstaltung war Teil der european digital week 2020, einer Plattform mit dem Ziel, den europäischen Austausch zu Themen rund um die Digitalisierung zu fördern.

➔ www.bit.ly/3kAkyML#t=03h30m45s

Mit der Verkehrswende gegen den Klimawandel

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung veranstaltete gemeinsam mit der Initiative „Hannover bewegt sich“ am 23.10. ein Forum, in dem es um den Klimaschutz in Hannover ging. Eine der vier Diskutierenden war Uta Bauer vom

Deutschen Institut für Urbanistik. Dass tiefgreifende Veränderungen nötig sind, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen, darüber waren sich die vier Expert*innen einig. Die Difu-Wissenschaftlerin erläuterte, warum eine drastische Reduzierung des motorisierten Verkehrs und eine Umverteilung der Flächen in der Stadt ein wichtiges Element im Kampf gegen den Klimawandel sind.

➔ www.bit.ly/36Lp9qr

➔ www.bit.ly/2IINTrz

Frankfurter Familienleben in Zeiten von Corona

Im Oktober fand der 10. Frankfurter Familienkongress statt, der von der Stadt Frankfurt und dem Frankfurter Bündnis für Familien ausgerichtet wurde. Das Schwerpunktthema war das Familienleben in Zeiten von Corona. Dr. Thomas Franke vom Difu hielt am 22.10., dem vierten Kongresstag, einen Vortrag mit dem Titel „Eindämmung der Corona-Pandemie und die 'Soziale Stadt'“, in dem er auf mögliche Auswirkungen der Corona bedingten Einschränkungen auf soziale Aspekte der Quartiersentwicklung einging. Ziel des Kongresses war es, die Situation der Familien in der Corona-Krise in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Interesses zu rücken.

➔ www.bit.ly/36HU07w

Urban Mobility Days fordern emissionsfreie Mobilität für alle

Unter dieser Zielsetzung fand die digitale Veranstaltung vom 29.9. bis 2.10. statt. Ziel war es, in einem europäischen Rahmen über die Mobilität der Zukunft zu sprechen, Wissen zu teilen, und Ideen vorzubringen. Teilgenommen haben politische Entscheidungsträger*innen, Wissenschaftler*innen, Stadtplaner*innen sowie NGOs, was einen perspektivenreichen Erfahrungsaustausch ermöglichte.

Difu-Wissenschaftlerin Martina Hertel gab einen Input in der Session ParkPAD: The Parking Policy Audit Tool. Außerdem hielt sie einen Vortrag zum Thema Stellplatzsatzungen und nahm an der Diskussionsrunde „The role of smart parking management in urban mobility planning“ teil, die online nachgeschaut werden kann. Die Veranstaltung fand auf Englisch statt.

➔ www.bit.ly/382lZkz

➔ www.difu.de/15774



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Heft sind Exklusiv-Inhalte mit dem Symbol ★ gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -Verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
➔ www.difu.de/extranet/

Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
➔ www.difu.de/15192

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme mit dem Umgang oder Fragen bestehen, so unterstützt der Bereich Wissensmanagement des Difu gern bei der Herstellung des Zugangs:

Susanne Plagemann, M.A.
+49 30/39001-274
plagemann@difu.de

Kostenfreie Difu-eBooks für Zuwender: Bezugsverfahren vereinfacht

Die Bestellung von Difu-eBooks kann direkt durch Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeitende der Difu-Zuwenderstädte und -verbände erfolgen. Zum Erhalt einzelner kostenloser Downloadcodes müssen daher nicht mehr die Difu-Ansprechpartner*innen der jeweiligen Stadt kontaktiert werden. Zudem mailen wir ab sofort interessierten Difu-Ansprechpartner*innen automatisch einen Code zum kostenfreien Download jeder kostenpflichtigen Difu-Neuerscheinung zu. Wer diesen Service künftig nutzen möchte oder Fragen zu eBooks hat, wendet sich bitte an: vertrieb@difu.de. Details hierzu finden Sie auch auf der Difu-Homepage:
➔ www.difu.de/12544

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Berichte 4/2020

➔ www.bit.ly/37o3TsD

Bestand und Zustand des gemeindlichen Straßennetzes in Sachsen-Anhalt

➔ www.difu.de/16173

The Multimodal Future of On-Street Parking

➔ www.difu.de/16162

Partizipation im kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement

➔ www.difu.de/16163

Klimaschutz & Kommunikation

➔ www.difu.de/16129

Zur Messung kommunaler Investitionsrückstände

➔ www.difu.de/16144

SDG-Indikatoren für Kommunen

➔ www.difu.de/16115

Fokus: Wie Sie mit Aktionstagen Menschen begeistern

➔ www.difu.de/16103

Gute Praxisbeispiele kompakter und zugleich lärmärmer städtischer Quartiere

➔ www.difu.de/16075

Innovative Instrumente zum Flächensparen und zur Förderung der Innenentwicklung

➔ www.difu.de/16078

Kommunalrichtlinie: Kompakt

➔ www.difu.de/16000

#Klimahacks No. 6 – Mach dein Projekt zu Photovoltaik auf kommunalen Dächern

➔ www.difu.de/15704

Emissionen sparen, Platz schaffen, mobil sein

➔ www.difu.de/15889

Open Data in Kommunen

➔ www.difu.de/15886

Transformation: Potenziale für die sozial-ökologische Stadt- und Infrastrukturforschung

➔ www.difu.de/15848

Resilienz: Potenziale für die sozial-ökologische Stadt- und Infrastrukturforschung

➔ www.difu.de/15847

Spielräume für Investitionen finanzschwacher Kommunen in Klimaschutzmaßnahmen

➔ www.difu.de/15829

Klimaschutz in finanzschwachen Kommunen: Mehrwert für Haushalt und Umwelt

➔ www.difu.de/15833

Managing E-Scooter-Rentals in German Cities: A Check-Up

➔ www.difu.de/15826

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Kommune im Klimanotstand – was folgt aus dem Beschluss?

➔ ★ www.difu.de/16145

Fahrradkommunalkonferenz: Radverkehr zwischen Rückenwind und Flächenstreit

➔ www.bit.ly/35Ff1PP

Grünordnungsplan

Ein Instrument mit Zukunft?

➔ ★ www.difu.de/16037

Wärmewende – Strategien und Handlungsansätze für Kommunen

➔ ★ www.difu.de/16038

The role of smart parking management in urban mobility planning: Parking standards

➔ ★ www.bit.ly/3nuWHjq

Jahrestreffen 2020 der Difu-Zuwenderstädte und -verbände

➔ ★ www.difu.de/15860

Strategisches Wissen in der Verkehrsplanung

➔ ★ www.difu.de/15809



Presseresonanz – das Difu in den Medien

Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungs-nennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

ZEIT ONLINE, 7.12.2020

Studie: Jede dritte Gemeindestraße in schlechtem Zustand

Mehr als ein Drittel der Städte- und Gemeindestraßen in Sachsen-Anhalt befindet sich einer aktuellen Studie zufolge in einem schlechten Zustand. Zudem sei mehr als die Hälfte der kommunalen Brücken stark sanierungsbedürftig, erläutern Difu-Forscher in neuer Studie.

➔ www.bit.ly/3qJrCul

MDR.de, 26.11.2020

Stadt Dresden für Klimaengagement ausgezeichnet

Die Stadt Dresden ist für ihr vorbildliches Klimaengagement als Klimaaktive Kommune 2020 ausgezeichnet worden. Der Wettbewerb wurde vom Bundesumweltministerium und dem Deutschen Institut für Urbanistik ausgerichtet.

➔ www.bit.ly/33WH3WC

ZEIT ONLINE, 26.11.2020

Das ist erst der Anfang

In vielen Städten werden die Pop-up-Radwege wieder abgebaut. Doch sie waren nur ein Vorschmack auf die Neuverteilung des Platzes, die in den nächsten Jahren ansteht.

➔ www.bit.ly/3ghBneQ

Bayerische Staatszeitung, 24.11.2020

Altersarmut in Kommunen nimmt zu

Wie gehen Kommunen mit Altersarmut um und welche Handlungsmöglichkeiten haben sie, um gegenzusteuern? Das Difu betrachtete die Situation exemplarisch in drei Fallstudienstädten und gibt Handlungsempfehlungen.

➔ www.bit.ly/3mzl0vi

Welt am Sonntag, 22.11.2020

Boom für SUVs der Radwege

Bis zu 5000 Euro kosten Lastenräder. Trotzdem reißen sich die Deutschen um die großzügig staatlich geförderten Fahrzeuge. Tobias Klein vom Difu erläutert die Bedeutung der Räder für den innerstädtischen Transport.

➔ www.bit.ly/2VjeY7y

DEMO online, 12.11.2020

Radfahren hat Rückenwind

Die Verteilung der Fläche auf der Straße ist ein großes Thema in den Kommunen. Die Fahrradkommunikalkonferenz des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) und der Hansestadt Bremen nahm das Fahrrad und dessen Bedeutung in der Krise besonders in den Fokus.

➔ www.bit.ly/36jYCl8

taz, 2.11.2020

Klima-Enquete diskutierte CO₂-Einsparpotentiale: Mehr Fragen als Antworten

Grüne Energie, sanieren oder kleiner wohnen? Die Bremer Klima-Enquete hat die CO₂-Einsparpotentiale beim Bauen und Wohnen diskutiert: Was wird in den nächsten 20, 30 Jahren in den Bereichen Gebäude, Wohnen, Stadtentwicklung und Klimaanpassung möglich sein?

➔ www.bit.ly/2JtMtRT

brand eins, Nr. 11/2020

Was kommt nach der Einkaufsstraße?

Nicht erst seit Corona werden die Innenstädte leerer – das muss kein Nachteil sein. Difu-Wissenschaftlerin Sandra Wagner-Endres zu der Bedeutung von Handwerk und Produktion für die multifunktionale Stadt der Zukunft.

➔ www.bit.ly/3lopuok

Tagesspiegel, 27.10.2020

Mehrheit der Bürger lehnt autofreie Innenstädte ab

In Berlin kämpft eine Initiative für eine autofreie Innenstadt. Bundesweit lehnt eine Mehrheit das aber ab, wie eine Umfrage des Tagesspiegels ergab. Thomas Stein vom Difu erläutert die Bedeutung temporärer Verkehrsversuche um mehr Akzeptanz zu schaffen.

➔ www.bit.ly/2Jcimi5

Deutschlandfunk, Computer & Kommunikation, 24.10.2020

Die Schwierigkeiten der Kommunen mit Open Data

Interview mit Dr. Henrik Scheller vom Difu zur Nutzung von Open Data-Strategien in Kommunen: Welche Ziele verfolgen die Kommunen damit? Um welche Daten geht es? Welche Rolle spielt die Größe der Städte für die Nutzung von Open Data? Und wem nutzt das Datenangebot im Endeffekt?

➔ www.bit.ly/3nhpVTt

OBM, 22.10.2020

Expertise, Inspiration und Rückenwind: Wie Städte von europäischer Vernetzung profitieren

Die europäische Vernetzung mit anderen bringt Städten Vorteile. Welche, beschreibt die Difu-Expertin Dagmar Köhler in ihrem Gastbeitrag.

➔ www.bit.ly/2luXCl6

DEMO, Nr. 9-10/2020

"Die Logik des Marktes folgt nicht den Bedarfen"

Die Wohnungsnot ist in vielen Städten groß. Was können Kommunen tun, um sie zu lindern? Welche Handlungsmöglichkeiten haben sie? Wie sehen neue Wohnformen in einer lebenswerten Stadt aus? Ein Gespräch mit Expertin Ricarda Pätzold vom Difu.

➔ www.bit.ly/2JotYOC

Bayerische Gemeindezeitung, 20/2020

Kommunale Antworten auf die Corona-Krise

Die Corona-Pandemie verschlechtert die Finanzlage der Kommunen in Deutschland. Ohne weitere Unterstützung von Bund und Ländern wird es nicht möglich sein, notwendige Investitionen zu tätigen und den Investitionsstau weiter abzubauen. Das zeigt eine Studie des ZEW Mannheim und des Difu im Auftrag des DST.

➔ www.bit.ly/3fRkUxO

Deutschlandfunk, Länderzeit, 7.10.2020

Mietendeckel, Mietpreibremse oder freier Markt

Die Mietpreise steigen, Sozialwohnungen sind nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden. Bundesweit versucht die Politik dem entgegen zu steuern. In Berlin soll die Miete auf Jahre gedeckelt werden. Ist das eine Lösung? Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold im Gespräch mit anderen Expert*innen.

➔ www.bit.ly/39ubxTE

Immobilien vermieten & verwalten, 3.10.2020

Wissenschaftler fordern Fonds

Angesichts der bestehenden Unterversorgung mit bezahlbarem Wohnraum fordern Wissenschaftler*innen der Uni Mannheim, des IMK der Hans-Böckler-Stiftung (IMK) und des Difu u.a. die Einrichtung eines Beteiligungsfonds für kommunale Wohnungsbauunternehmen.

➔ www.bit.ly/2JqyOem



Deutsches Institut
für Urbanistik

www.difu.de

